

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreilingshaus monatlich 32 Mk., Einzelverkaufspreis 1,50 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgesaltene Zeitspaltel oder deren Raum 7,50 Mk., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mark, Reklamen 36,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stk., 150 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübener Volksbote

Nummer 192.

Freitag, 18. August 1922.

29. Jahrgang.

## Neue bayrische Krise.

Sturm auf gegen Lerchenfeld.

München, 17. August. (Drahtbericht.)

Die Koalitionsparteien sind heute zu einer gemeinsamen Beratung zusammengetreten, der auch die Mitglieder des Kabinetts beizuhören. Die Koalition hat die Berliner Vereinbarungen verworfen, verweigert die Aufhebung der bayrischen Verordnung und will neue Verhandlungen mit dem Reich anzuknüpfen versuchen. — Abends 8 Uhr trat der Ministerrat zusammen, um zu dieser Entwicklung Stellung zu nehmen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben zu der Stellung des Ministeriums Lerchenfeld: „Es ist noch nicht entschieden, ob Graf Lerchenfeld und die übrigen Vertreter Bayerns, die in Berlin verhandelt haben, auch diese neue Aufgabe übernehmen wollen.“

Die Auffassung in unterrichteten parlamentarischen Kreisen neigt im allgemeinen dazu, daß Graf Lerchenfeld infolge dieser Desavouierung unter Umständen seinen Rücktritt erklären wird.

An der Mittwoch-Demonstration am Königsplatz hatte sich bereits der neue Kandidat, Herr von Kahr, in auffälliger Weise beteiligt, während Graf Lerchenfeld sich diese Demonstration in bescheidener Zurückhaltung ansah. Folgende Auslassung der „Staatszeitung“ über diese Massenverheerung dürfen zweifellos auf Lerchenfeld zurückzuführen sein: „Die Demonstration zeigt, mit welcher Gewissenlosigkeit und Überlässigkeit der Masse Dinge suggeriert und als Beschluß mandatiert gemacht werden. Während gestern die verantwortlichen Parlamentarier in erster Arbeit die Berliner Abmachungen in allen Einzelheiten prüften, hat man am Königsplatz geglaubt, mit ein paar volkstümlichen Reden der schwierigen Lage Deutschlands Rechnung tragen zu können. Die Herren, die gestern von einem beispiellosen Unfall und einem Geheimvertrag gesprochen haben, dürften kaum den Befähigungsnachweis für eine verantwortungsvolle Rolle in der Politik erbracht haben. Es ist geradezu eine Lächerlichkeit, zu behaupten, daß zwischen dem Grafen Lerchenfeld und dem Reichspräsidenten Ebert ein Geheimvertrag abgeschlossen worden sei.“

Demzufolge sieht es nicht so aus, als ob Graf Lerchenfeld die Absicht hätte, der bayrischen Volkspartei und deren außerparlamentarischer Scharfmacher bis zum äußersten zu folgen. Zum mindesten wird stark bezweifelt, ob Graf Lerchenfeld persönlich die Verhandlungen mit Berlin wieder aufnehmen wird. Nach Äußerungen des Ministerpräsidenten im Landtag ist anzunehmen, daß er solange wie möglich seine Stellung behalten wird, um Schlimmeres zu verhüten und um nicht vorzeitig einem Kahr oder Roth den Platz zu räumen. Die Aufwerfung der Kabinettsfrage wird also lediglich von dem Gange der parlamentarischen Entwicklung im bayrischen Landtag und den Vollmachten der neuen Unterhändler mit Berlin abhängen.

Münchener Blättern zufolge sah die Parteiauswahl der Bayrischen Volkspartei eine Entschliebung, daß durch das geringe Maß von Entgegenkommen von Seiten der Reichsregierung die Vereinbarung vom 11. August nicht alles enthalte, was zur Wahrung der staatlichen Selbständigkeit und der Hoheitsrechte Bayerns verlangt werden müsse. Ferner wird die Hoffnung ausgedrückt, daß es gelinge, die noch bestehenden Bedenken zu beseitigen. Bis dahin aber müsse die Verordnung der bayrischen Staatsregierung vom 27. Juli in Kraft bleiben und der Kampf für baldige Aufhebung der Schuggesetze und zur Sicherung und Erweiterung der bayrischen Hoheitsrechte fortgesetzt werden.

„Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!“ So mag der bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld fühlen, der in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, mit den Koalitionsparteien seiner eignen Regierung einen schweren Kampf aussieht, damit sie ihn nicht im Stich lassen. Ein seltsames Satyrspiel, das sich in München vollzieht! Die Regierung Lerchenfeld wollte ein klein wenig den bayrischen Partikularismus loslassen, um vom Reich Zugeständnisse zu erlangen, aber kaum war der dienbare Geist aus der Flasche heraus, als er sich seines Gebietes bemächtigte und ihn mit demselben Griff in den Nacken anfuhr: „Tuft du nicht alles, was ich verlange, so breche ich Dir das Genick.“

Graf Lerchenfeld war zunächst der Exponent einer bürgerlichen Mittelkoalition gewesen, die gegenüber dem vorangegangenen System Kahr-Hoehner-Roth einen kleinen Schritt nach links bedeutete. Neugierig dokumentierte sich das dadurch, daß die bayrische Mittelpartei — trotz ihres schönen Namens in Wirklichkeit die extreme Rechtspartei — aus der Koalition ausgeschiffte war. Raum aber begann Lerchenfeld seinen Kampf gegen die Reichsregierung, als er seinen linken Flügel, die wahrheitsgemäß nicht sehr demokratischen bayrischen Demokraten aus der Koalition hinaus ließ und statt dessen die Mittelpartei wieder hinein nahm. Er wollte als Graf Lerchenfeld, aber gestützt durch die alte Kahr'sche Koalition, weiter regieren.

Durch dieses Experiment hat sich Lerchenfeld in eine sehr heikle Situation gebracht, die allerdings vorauszu sehen war. Raum war die extreme Rechte in der Koalition drin, als sie nur auf den Sturz Lerchenfelds und die Wiedererrichtung des unerbüllten Regiments Kahr hinarbeitete. Die rüstesten Klätter der Rechten, der „Miesbacher Anzeiger“ und der „Bölkische Beobachter“, wurden gegen Lerchenfeld gehetzt, sie mußten mit Enthüllungen aus Lerchenfelds Privatleben drohen. Dieselben Leute, die fortwährend neben gegen das „Regiment der Straße“ schwingen, das angeblich im Reich und in Preußen herrschen soll, mobilisieren ungeniert ihre Straße gegen das Ministerium Lerchenfeld. Eine Kadaverhorde wurde in den Landtag geschickt, um die Verhandlungen der Parteiauswahl zu terrorisieren und gleichzeitig demonstrierte man auf der Straße in Formen, die die Polizei ausdrücklich verboten hatte. Bayern ist bekanntlich ein „Ordnungsland“ und München wird demnächst seinen Namen in „Ordnungsland“ umtaufen. Also griff natürlich die Polizei ein und verschaffte ihren Anordnungen Respekt? O nein, die Münchener Polizei ist von Pöbners Zeiten her gut geübt, sie weiß, daß sie ihren Schweiß nur gegen sozialdemokratische Demonstrationen, aber nicht gegen nationalistische Ordnungsrüpel anwenden darf. Also ließ sie die Straße sich gegen die von ihr zu schühende Regierung Lerchenfeld ausstoben und erklärte hinterher bedauernd, ein Einschreiten sei nicht opportun gewesen.

Dieser kleine Zug zeigt, wie weit überhaupt die Regierung Lerchenfeld als Verhandlungsfaktor gewertet werden kann. Er zeigt, wo in Wahrheit der Konflikt liegt. Die in München verarbeiteten und organisierte Reaktion lehnt sich gegen die Republik und ihre Schuggesetze auf, sie will mit Gewalt erzwingen, daß in Bayern alles beim Alten bleibt. Nicht um bayrische Reservatrechte handelt es sich für die aus Preußen eingewanderten Rechtsradikalen, denen an sich der bayrische Partikularismus ganz gleichgültig ist. Für sie geht es darum, daß die Reaktion weiter ungehindert von Bayern aus wühlen und intrigieren, Komplote schmieden und Morde anstiften kann, ohne dabei von irgend einer Polizei oder Gerichtsinstitution belästigt zu werden. Der bayrische Partikularismus ist nur das Mittel, durch das dieser sachliche Zweck erreicht werden soll.

Die Regierung Lerchenfeld geht mit den Zielen dieser Clique nicht einig, aber sie ist durch deren Lärmenden und gewalttätiges Vorgehen zu sehr eingeschüchtert, um ernsthaft etwas gegen sie zu unternehmen. Bezeichnend hierfür ist auch das Verhalten der Bayrischen Volkspartei, der größten unter den bayrischen Koalitionsparteien. Sie hat zwar nicht wie die Mittelpartei das Berliner Protokoll bisher rundweg abgelehnt, aber sie hat auch nicht den Mut gefunden, es anzunehmen. Deshalb lauziert sie hin und her und hofft, die lobende Meute zu beruhigen, indem sie noch ein paar Konzessionen herauschlagen will. Es kann aber mit Sicherheit gesagt werden, daß die Meute sich nicht beruhigen wird, solange durch die Schuggesetzgebung für die Republik — nicht etwa bayrische Hoheitsrechte — sondern die reaktionären Mächenschaften in Bayern bedroht werden.

Die Bayrische Volkspartei möchte, daß mit dem Reich weiter verhandelt wird, daß aber bis zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen die bayrische Verordnung in Kraft bleibt. Das ist eine Verschleppungspolitik auf die unserer Ansicht nach das Reich sich unmöglich einlassen kann. Nach dem Berliner Protokoll sollte die bayrische Verordnung am 18. August aufgehoben werden. Die Reichsregierung kann nicht anders, als die Innehaltung dieses Termins fordern. Sie kann dies um so eher, als ihr das Recht zusteht, im Streitungsfall von sich aus die Verordnung außer Kraft zu setzen.

Im Berliner Protokoll ist die Reichsregierung bis zur äußersten Grenze der Nachgiebigkeit gegangen. Wenn sie jetzt auch nur die Spur einer Neigung zu weiterer Nachgiebigkeit zeigt, so stärkt sie damit nicht die Regierung Lerchenfeld, sondern vergrößert damit nur den Appetit der rechtsradikalen Elemente, die auf den Bruch zwischen Bayern und dem Reich hinarbeiten.

Zwischen der Regierung Lerchenfeld und der Reichsregierung ist eine Verständigung möglich, nicht aber zwischen der Reichsregierung und den rechts- und republikfeindlichen Rechtsradikalen in Bayern. Läßt sich die Regierung Lerchenfeld von diesen ins Schlepptau nehmen, so zerstört sie damit selber die hoffnungsvollen Ansätze einer Einigung, die das Berliner Protokoll brachte. Eine Lösung des Konflikts auf gutlichem Wege sehen wir nur dann als möglich an, wenn die Regierung Lerchenfeld auf die ursprüngliche Basis ihrer Existenz wieder zurücktritt, d. h. die alte Koalition mit den Demokraten bildet und die Mittelpartei aus der Regierung ausschließt. Das bedeutet allerdings den gleichzeitigen Entschluß, den Kampf gegen die rechtsradikale Fronde anzunehmen. Der Entschluß ist für eine bürgerliche Münchener Regierung nicht leicht und wird erschwert dadurch, daß die Führer der Bayrischen Volkspartei, die Heim und Held, andauernd mit der Rechtsradikalen liebäugeln. Findet aber die Regierung Lerchenfeld den Mut zu diesem Entschluß nicht, so ist eine folgenschwere Verschärfung der Krise unausweichlich. Von der Reichsregierung verlangen wir jedenfalls, daß sie keinen Schritt über das Berliner Protokoll hinausgeht. Weiteres Nachgeben würde die Münchener Fronde nicht etwa versöhnlicher stimmen, sondern nur noch mehr ermutigen.

## Wirth antwortet!

Dr. L. Lübeck, 18. August.

Die Londoner Konferenz ist gescheitert. Poincare ließ sich durch nichts von seinem unerfüllbaren Weg der Niederrückung Deutschlands abbringen. An seinem Eigensinn zerschellten alle Ueberredungskünste der anderen; Lloyd George, Schanzer, Theunis, sie sprachen alle vergebens.

Aber schließlich konnte doch die Reparationsfrage nicht einfach beiseite gestellt werden. Irgend ein Beschluß mußte doch gefaßt werden. Man überwies die ganze Frage einfach einer anderen Instanz, der Reparationskommission.

Zwar ist die Zusammenlegung der Reparationskommission dieselbe wie die des Obersten Rates. Aber ihr Statut ist ein anderes. Der Oberste Rat kann nur einstimmig beschließen; die Reparationskommission dagegen faßt mit Stimmenmehrheit rechtskräftige Beschlüsse.

Da winkt also ein Ausweg aus dem Irrgarten des englisch-französischen Gegensatzes. Aber er winkt auch nur! Denn die Angst vor dem Zerfall der Entente ist allerseits so groß, daß eine ausdrückliche Ueberstimmung Frankreichs kaum in Frage kommen dürfte. Und Poincare kündigt auch schon an, daß Frankreich einen Mehrheitsbeschluß der Reparationskommission gegen den ausdrücklichen Willen Frankreichs nicht anerkennen würde. Im Gegenteil, in einem solchen Falle würde sich die französische Regierung auf den Versailler Vertrag berufen, ihre vollen Ansprüche geltend machen und für sich „Sachlungsfreiheit“ beanspruchen.

Die Londoner Konferenz hat also den ganzen Konflikt nicht um einen Schritt seiner Lösung näher gebracht. Und die Reparationskommission ist, wie die Sachlage sich nun entwickelt hat, auch reichlich ohnmächtig.

Nur in einem Punkt unterscheidet sie sich vorteilhaft von ihrer Londoner Mutter; sie wird einem Vertreter Deutschlands Gelegenheit geben, den deutschen Standpunkt zu vertreten und zu — verteidigen. Solch ausgemachter Unsinn wie die Londoner Anschuldigungen Poincares gegen Deutschland werden dort also nicht unwiderprochen bleiben.

Denn was Poincare in London der deutschen Regierung alles vorwarf war der Gipfel dessen, was Bosheit und Leichtfertigkeit bisher gegen uns erlassen.

Wenn die deutsche Regierung auf der Konferenz selbst auch nicht antworten konnte, so durfte sie die Antwort vor Land wird dort also nicht unwiderprochen bleiben.

Reichsminister Wirth lud deshalb am Mittwoch die Berliner Vertreter der ausländischen Presse zu einer Unterredung, und gab ihnen die deutsche und ungewöhnliche Antwort auf Poincares unwahre Beschuldigungen. Und der Eindruck seiner Ausführungen war in ihrer festen und ruhigen Ehrlichkeit — eben nach der Angabe der ausländischen Journalisten — überwältigend.

Man muß Wirth kennen! Eine ausgesprochen süddeutsche Erscheinung, ohne Eleganz, ohne jede Dressurline des Diplomaten. Beinahe etwas derb wirkt seine ganze Erscheinung mit dem großen blonden Schnurrbart in dem frischen Gesicht. Aber Festigkeit und Ehrlichkeit gehen von ihm aus; und ein offenes Temperament trägt ihn in Rede und Verhandlung. Wirth ist ein Typ für sich, und er wirkt deshalb immer in seiner Art.

Klapp und klar zeigte der Kanzler, daß die Marktkatastrophe nur eine Folge der Währungspolitik Frankreichs sei. Daß Deutschland sich alle erdenkliche Mühe gegeben habe, diese Katastrophe abzumenden. Letzte sie doch nur eine neue Hungerszeit für Deutschlands schwer leidendes Volk ein!

Eine Anleihe von mehreren Milliarden soll die deutsche Regierung der Tschechoslowakei angeboten haben, sagte Poincare! Und im Auslande — in Dänemark, Holland, Rumänien habe Deutschland Banken errichtet. Soviel Behauptungen, soviel Unwahrheiten! Welche Beweise kann Poincare dafür vorbringen?

Und dann kam Wirth auf die sinnlosen Maßnahmen in Elsaß-Lothringen zu sprechen. Mit welchem Rechte weise man hunderte von deutschen Männern und Frauen von einem Tag zum andern aus dem Lande aus, in dem sie seit einem Menschenalter wohnen, in dem sie vielleicht geboren sind? Das sei ein Schandfleck für eine Nation, die seit einem Jahrhundert das Wort „Menschlichkeit“ in ihrem Wappen führe!

Die ganze Welt hörte gestern diese ehrlichen und bescheidenen Worte des deutschen Reichskanzlers. Wird das etwas nützen? Raum; denn wer wüßte nicht schon längst, daß die Politik Frankreichs die Politik des Nachkriegswahn-

fruns ist? Daß sie Europa und die ganze Welt in den Abgrund der wirtschaftlichen Zerrüttung schleudern muß?

Die Einsicht ist längst vorhanden, längst hat man auch auf der Entente Seite erkannt, daß die Lage Deutschlands fürchterlich ernst ist, daß das deutsche Volk langsam dahinsinkt. Aber den Ententepolitikern fehlt immer noch der Mut, einzugehen, daß sie bisher nur zersplittert und nichts aufgebaut haben. Es fehlt ihnen die Entschlossenheit, die ganze Politik aus wirtschaftlichen Gründen konsequent umzustellen.

Wo beraten sie weiter! Sie wissen, daß alles umsonst ist, aber sie tun es doch. Denn irgendetwas muß doch getan werden, um den wartenden Völkern Dunst über die Augen zu legen.

Die Reparationskommission hatte schon für Mittwoch eine Sitzung angesetzt; dann verschob sie alles auf Donnerstag und vertagte sich schließlich auf Freitag. Die Freitagssitzung aber sagte man plötzlich ab. Warum? Weil niemand weiß, was tun.

Jedermann weiß, fühlt es: Wie bisher geht es nicht weiter. Aber keiner hat den Mut zu sagen: Wir haben uns geirrt! So schiebt man die ganzen Verhandlungen hinter den Kulissen hin und her, um nur Zeit zu gewinnen. Worauf man aber dann hofft? Auf ein Wunder? Das ist die Politik von Kindern, die nicht wissen, wie sie irgend eine unangenehme Sache aus der Welt schaffen sollen.

Unterdessen steigt in Deutschland die Teuerung weiter. Wie Meereswogen brandet der Hunger über große Volksteile hinweg. Und nur eine kleine Schicht von Schiebern und Spekulanten streicht Riesengewinne ein, freut sich des deutschen Glücks, räkelt sich im Luxus und — schimpft auf das Volk und die Republik.

Und was tut die Regierung dagegen?

### Fransösische Anknüpfung mit Russland?

Paris, 18. August.

Dem „Temps“ wird aus Lyon berichtet: Der Führer der radikalsten Partei, Heriot, dessen wirtschaftliche Sendung nach Russland bereits vor einiger Zeit angeknüpft wurde, wird

am 3. September in Freiburg im Breisgau mit Ichniowin und Witwinow zusammentreffen.

Im Laufe dieser ersten Verhandlung erwartete man neue Angebote und Vorschläge der Räteregierung, die sich von denen unterscheiden, wie sie in Genoa und Haag unterbreitet worden sind.

Nach dem Berichterstatter soll Reichsminister Dr. Wirth von der Nachricht über die Zusammenkunft sehr erfreut gewesen sein. Er habe zugestimmt, die Sicherheit der Unterhändler und das Geheimnis ihrer Beratungen zu gewährleisten. Außerdem habe er erklärt: Im Augenblick, wo die Entente zerfällt, wäre die Wiederheraufnahme der Beziehungen zwischen den großen Demokratien England und Frankreich ein wichtiger Schritt zu einem Verträge mit Deutschland, vieler anderen großen Demokratien Europas. Zu drist könnten sie jeden künftigen Krieg verhindern.

### Kathenau-Mörder im Ausland.

Ungarn als Asyl der Organisation C.

Prag, 17. August.

Wie „Slovaniki Wapod“ meldet, wurden am 11. August von der Grenzgarde in Hidsajumeti zwei verdächtige Leute bei ihrem Versuch, die Grenze ohne Reisepässe zu überschreiten, verhaftet. Auf der Rajchauer Polizeidirektion gaben die Verhafteten, die 19 Jahre alten Lea Fischer und Bankbeamter Hans Schuff, an, daß sie Mitglieder der Organisation C, Ortsgruppe Hamburg, wären und daß sie vor der Verhaftung der Hamburger Polizei nach Ungarn flüchten wollten. Schuff gab zu, daß er vom dem Anschlag auf Rathenau Kenntnis gehabt hätte. Beide werden bis zur Entscheidung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Haft gehalten.

### Emver Pascha gefallen.

Amsterd., 18. August.

Aus London wird gemeldet: Emver Pascha hat am 4. August südwestlich Suhrs zwischen Khowalingum und Balhwar in einem verzweifelten Kampfe mit der roten Kruppe seinen Tod gefunden. Der türkische Führer war in den letzten Monaten durch die Sowjettruppen aufs schwerste bedrängt und schließlich fast ganz eingeschlossen worden. Sein Leichnam wies die Wunden von 7 oder 8 Säbelstichen auf.

### Lothverhandlungen der Spitzenorganisationen.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet:

Die am Donnerstag vormittag 10 Uhr begonnenen Verhandlungen waren in den Abendstunden noch nicht beendet. Ein Ergebnis ist wahrscheinlich erst in den späten Nachstunden zu erwarten, wenn es überhaupt zu einer Verständigung kommt. Die Verhandlungskommission der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen hat eine Forderung von 4500 Mark für den Stichtmann der Besoldungsgruppe 3 und für den Monat August vorgelegt. Die Regierungsvertreter erklärten sich nur bereit, den durchschnittlichen Unterschiedsbetrag zwischen den Löhnen der Reichsarbeiter und der Privatbeiter zu gewähren. Soweit es sich um die bis Mitte August vereinbarten Löhne der letzteren handelt. Gegen diesen Vorschlag der Regierung wandte sich die Verhandlungskommission mit großer Entschiedenheit und verlangte Berücksichtigung der augenblicklichen und noch zu erwartenden Teuerungverhältnisse. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erklärten sich die Regierungsvertreter dazu bereit, auch die zu erwartende Preissteigerung schätzungsweise bei den zu gewährenden Gehaltslohnzulagen zu berücksichtigen. Die Höhe und die Art der Verteilung der Zulage läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Die Verhandlungskommission tritt ein für eine wesentliche Erhöhung des sogenannten Kopfschlages, während sich die Regierung zu dieser Frage noch nicht geäußert hat.

### Verbot der Berliner „Roten Fahne“.

SPD. Berlin, 18. August. (Eig. Drahtber.)

Die „Rote Fahne“ ist auf drei Wochen, vom 19. August bis zum 6. September 1922 verboten worden. In der vom Staatssekretär Freund als Vertreter des hiesigen Ministers unterzeichneten Begründung des Verbotes werden zwei Artikel der „Roten Fahne“ als Anlaß genannt. In der Morgenausgabe vom 28. Juli soll das Blatt, der bairischen Regierung wiederholt den Vorwurf des Hochverrats gemacht haben und in der Morgenausgabe vom 10. August erschien ein Aufruf des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, in dem eine „Herabwürdigung von Mitgliedern der republikanischen Regierung des Reiches und der Länder“ erblickt wird.

Die „Rote Fahne“ hat sich in den letzten Wochen unverschämte Angriffe gegen die verantwortlichen Persönlichkeiten verschiedener Regierungen geleistet, die jedes Maß von politischem Anstand vermissen ließen und die Gebuld und die Rücksicht der Behörden über alle Grenzen in Anspruch nahmen. Unter diesen Umständen ist aus dem Verbot des kommunistischen Bezirgsorgans verständlich. Sonderbar erscheint aber, daß man in der Begründung ausgerechnet einen Vorwurf des Hochverrats gegen die bairische Regierung heranzieht, obwohl doch genügend andere Beweise vorliegen, die ein Verbot rechtfertigen könnten.

### Kommunistische „Forderungen“.

SPD. Die Kommunisten sind groß! Ihre Hauptbeschäftigung ist, jeden Tag neue Forderungen aufzustellen, von denen eine unmöglich ist als die andere und bei deren Beratung in den Ausschüssen der Parlamenten sie sehr oft nicht einmal anwesend sind. Jetzt schreien und toben sie wieder, weil die Gewerkschaften der drohenden Vereinerlichung der Arbeiterschaft nicht mit bombastischen Forderungen zu Hilfe rufen, sondern in ersten Beratungen mit der Regierung befreit sind, Mittel und Wege zu finden, um zu einer wirklichen Einberingung der Not zu kommen. Dafür müssen die anerkannten Führer der Arbeiterschaft sich wieder „Berräter“ nennen und „Kapitalistenrechte“ schimpfen lassen. Wir kennen die Weisen, wir kennen auch die Sänger und wir wissen auch, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, der Arbeiterschaft wirklich zu helfen. Eine Befreiung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft würde den Selbststolz der kommunistischen Partei bedeuten, darum die kommunistischen Forderungen, darum keine positive Mitarbeit, darum der Aufruf zum Kampf, wie die Kommunisten ihn verstehen. Wenn wieder Fensterheben, Wirren und Raufschrei mit dem Namen, wenn wieder Blut fließt und irreguläre Arbeiter vor den Richtern stehen, wenn wieder unerhört grausame Urteile gefällt werden, dann verlangen zwar die kommunistischen Führer ihre Verbrennen, hoffen aber zugleich mit den Leiden ihrer Opfer Geschäfte machen zu können. Darum die blinde Wut gegen die ersten Behauptungen ohne neues Unheil die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Das wollen die deutschen Arbeiter, darum lachen sie über die kommunistischen Narren!

### Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze.

Durch die fortschreitende Geldentwertung sind die für die Angestellten vorgesehene Versicherungspflichtgrenzen in der Kranken- und der Unfallversicherung vollkommen überholt. Der Zentralverband der Angestellten hat deshalb mit den übrigen

Arbeitsverbänden das Reichsarbeitsministerium in einer Eingabe auf diese Tatsache hingewiesen und unter Bezugnahme auf die Ermächtigung, die durch das Gesetz über Änderung von Geldbeiträgen in der Sozialen Versicherung vom 9. Juli 1922 der Reichsregierung übertragen worden ist, gebeten, auf dem Verordnungswege die Erhöhung dieser Gehaltsgrenze vorzunehmen.

In der Eingabe wird eine Heraushebung der Krankenversicherungspflichtgrenze für Angestellte von 72 000 Mk. auf 300 000 Mk. und einer Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Unfallversicherung von 100 000 Mk. auf ebenfalls 300 000 Mk. beantragt.

Der Zentralverband der Angestellten hat beim Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen die Einsetzung der vereinbarten Tarifkommission zur Regelung der endgültigen Angestelltenbeiträge beantragt. Die Tarifkommission wird, wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, am 24. August zusammentreten.

### Erhöhung der Militärrenten.

Der Reichsarbeitsminister hat mit Zustimmung des Reichsrats aus Anlaß der am 14. August d. Js. eintretenden Brotpreiserhöhung und der weiteren Zunahme der allgemeinen Teuerung mit Wirkung vom 1. September d. Js im Verordnungswege die Teuerungszuschüsse für Militärrentner nach dem Gesetz vom 21. Juli d. Js. erhöht. Sie betragen nunmehr monatlich für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 v. H. 800 Mk., um mehr als 80 v. H. 1200 Mk., für eine Witwe 800 Mk., für eine verlassene Witwe 400 Mk., für eine elternlose Witwe 500 Mk., für einen Elternteil 600 Mk., und für ein Elternpaar 1000 Mk.; für Empfänger eines Übergangsgeldes oder eines Hausgeldes und für Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe 800 Mk., Schwerbeschädigte die nur auf die Rente angewiesen sind und einen Erwerb ausüben nachweislich nicht imstande sind, erhalten 1600 Mk., eine Witwe unter den gleichen Voraussetzungen 1200 Mk. Für Kinder Schwerbeschädigter und Hausgeldempfänger wird ein Zuschuß von 250 Mk. gewährt. Durch die Erhöhung der Teuerungszuschüsse werden auch die Einkommensgrenzen, die für die Bemessung der Teuerungszuschüsse maßgebend sind, entsprechend erhöht, so daß ein größerer Personenkreis als bisher zum Bezug eines Teuerungszuschusses berechtigt ist.

### Demonstration gegen die Teuerung in den Alpenländern.

SPD. München, 17. August. (Eig. Drahtber.)

In Tirol, Vorarlberg und Salzburg haben Dienstag und Donnerstag neuerdings große Demonstrationen der Arbeiterschaft gegen die Teuerung in allen größeren Städten stattgefunden, so in Kufstein und Dornbirn. Die Deputationen der Arbeiter begaben sich zu den Bezirkshauptleuten und überbrachten diesen folgende Forderungen: 1. Beschlagnahme aller in den Schaufenstern mit Preistafeln nicht versehenen Waren, 2. Verbot, die Waren nach Goldparität oder in fremder Valuta anzubieten, 3. strengste Durchführung der Preisordnung und der Verteilung der Valuta an einen Valutazuteilungsbeirat, 5. Einstellung jeder Ausfuhrbewilligung für Obst, Molkereiprodukte, Fleisch und Brennholz.

In Salzburg wurden die Forderungen der Arbeiter zum größten Teil erfüllt. Es wurde ein Komitee von Fachleuten zur Verteilung der ausländischen Zahlungsmittel auf die einzelnen Firmen eingesetzt, das seine Tätigkeit sofort aufnehmen wird. Im Einverständnis mit der Bundesregierung verbleiben sämtliche in Salzburg einlaufenden ausländischen Zahlungsmittel in Salzburg.

Die beiden Sozialdemokratischen Parteien Groß-Berlins veranstalteten am kommenden Dienstag große Protestkundgebungen gegen die Moskauer Bluturteile.

Die Autonomie Smyrnas. Die Verbündeten übermittelten der griechischen Regierung eine Kollektionnote, in der bemerkt wird, daß die Proklamation der Autonomie Smyrnas eine neue politische Situation schaffe, der gegenüber die Verbündeten ausdrücklich alle Vorbehalte machen. Diese Frage werde durch den künftigen Vertrag geregelt werden.

Reparationsleistungen an Serbien. Das Eisenbahnministerium hat aus Berlin die Mitteilung erhalten, daß der jugoslawische Staat auf Rechnung der deutschen Reparationen weitere 500 gedeckte Güterwagen erhalte, deren Lieferung der Firma Krupp aufgetragen wurde.

### „Jungdo.“

Eine ethnologisch-anthropogeographische Studie von GURAN GIBIM.

Jungdo! Jungdo! Jungdo! Wie zwei Humpen Silber sind, heißt du gewiß an Bihweß, Kongo, Jalakaffern, Jomantoren, an Jauerlöcher, Schwenkschüler, Kamibalen.

Woh! gefühl! Jungdo ist neubentisch. Wie Bumba. Höch du Bumba, dann meinst du, lieber Zeitgenosse: das ist der Name des Stammes dieser zentralafrikanischen, juralenischen Jungdonen. Sieht einen großen, hartgehauten Mann vor dir in brauner Kriegsbemalung wie ein Wolf, mit einer runden Schwimmlatte in der Unterlippe, zum Zischen dafür, daß er das Recht begehrt, den Mund am weitesten aufzureißen. Du schreist meinet, ich rede symbolisch von Heiligkeit. Nein und abermalis nein.

Doch zurück zu Bumba. Bumba ist nur die Abkürzung für die Waffen- und Munitionsbeschaffungsteilung des ehemaligen portugiesischen Kriegsministeriums in der Kriegszeit.

Und Jungdo ist nur die neubentische Abkürzung für „Jungdo-Decker-Orden“. Du weißt ja, was das ist. Am hat man in einzelnen Landesteilen Portugals den „Jungdo“ verbreitet. Ich weiß nicht warum! Der Orden hat keine Bräder, hat doch daß selbe Ergebnis. Was sie von anderen Stämmen unterscheiden, ist doch äußerlich nur das Kreuz der Johannesiter im Anschlag. Die Jungdonenbrüder tragen nur harmlose Zeichen. Sie nennen sich Bräder und dem Kaiser der alten Portugieser, ihren Häuptling werden sie Kaiser und ihre Sprache Sabel, wie die albanischen Odenstirren. Das Abzeichen im Anschlag heißt „Scheiter“, nicht zu verwechseln mit dem eine dreifache Wimper breiten Wappens, auch Stemmata genannt, mit dem Einbrecher ihre räuberischen Diebstahle in Leiden und Begehungen verleben.

Hörst du die Worte Sabel und Kaiser und Ober, heißt die alte Rittersprache der Burg Sabel — wo die Rittersprache weiter oberer — die Kaiserin heißen als „weisse Frauen“ in der Sprache der Sabel. Du heißt der Heberhaken der

Ritter auf harmlose Kaufleute zu, höst das Bestägen der armen Kaiser, denn der Ritter sie in den Hungersturm wirft, sie prügelt, weil sie nicht vntürlich den „Zehnten“ abgeliefert haben.

In Zeiten armerverfallter Konstitutionen, Gymnasialprojekten, Studienräte, geschlechtsreif gemordener Gymnasialisten und Studenten liegt eben noch Sinn für alte Rauberronanzen, für Raub-Kaufmannschaft, für Wimper-Kauf, für Wildwest-Campagner. Oder auch so etwas vor Karl Moor, Rinaldo Rinaldo, Schinderhannes schlummert in ihnen.

Warum trägt der Jungdo keine kriegselendene Kralover? Warum tragen sie die Ordenskreuze, wie in Thüringen, nichts an Strohsträngeln? Selbstverständlich nur, um „Krauter“ zu pflücken. Indemgebenen annehmen. Und das alles nur, weil die Jungdonen eine so zerfetzte, mangelnde Romanistik haben. Wer ein solch zerres Seelchen hat, trägt das Jungdokenzeichen im Anschlag.

Und dabei geben die Jungdos nur nichts aus, um die „Vertreibung“ zu führen. Sie verraten es nur nicht, welche Art von Vertreibung sie meinen.

Sind sie in ganz guter „Vertreibung“ — meist nach reichlichem Genuß von algerischem „Kai“ heizendlich Starbier gehen — denn sagen sie ihr Schicksal von der Ehrhardt-Gruppe von Kaiserin an.

Sie sind so harmlos, diese Jungdonen, daß es wirklich wundert, wenn die Vertreibung dieser neubentischen Romaniker so oft geföhrt wird.

Geldverhältnisse, unterrichtliche Romanistik wie bei den Jungdonen ist in europäischen Jahrhunderten nur bei den Ritterschlechtern zu finden. Ich habe daher zum Ausgangspunkt zum und mag mich, ob die Jungdos doch nicht alles mit den Jalakaffern gemein haben. Ein Jungdonenpaar von der Philipp-Universität — mit der Stabreitende auf dem Haupt — hatte mir verraten, daß sie keine Ordenskreuze als Oberhaupt zur eine etablierte Genilde mit erlicher Vertreibung zwischen Kaiser. Genen, wie es vor dem Krieg war.

Auf Grund dieses hochwürdigen Glaubensbekenntnisses des Jungdonenpaars habe ich die politischen Verhältnisse der Jalakaffern untersucht und habe die folgende interessanten Stellen: „Die

eigentlichen Negelländer bieten ein Bild politischer Zerrissenheit und Schwäche, da in ihnen eine Masse von Häuptlingen eine örtlich begrenzte Gewalt ausüben, die sie nicht auf Grund ihrer Tapferkeit oder Intelligenz, sondern auf Grund der Erblichkeit und ihres angehäuften Reichtums besitzen. Größere Reiche sind gewöhnlich durch Eroberung entstanden. In ihnen bilden die Groberer die allein herrschende Klasse. Doch auch feudalarartige Systeme haben sich ausgebildet, zum Beispiel in Uganda und Unjora, bei denen nicht dem König, sondern den obersten Häuptlingen (Ludendorff, Hindenburg, Der Verfasser.) die wirkliche Macht zufällt. Der Mangel an Macht wird häufig durch reichen Prunk und pomphaftes Hofzeremoniell verschleiert. Im Familienleben herrscht meist Vielweiberei. Die Ehe wird meist als Kaufvertrag abgeschlossen usw.“

Wer das alles näher studieren will, der lese Brochhaus, Ausgabe 1898, Band 1, Afrika, Kulturzustand, nach.

Ihr lieben Jungdolen! Es gab eine Zeit — sie ist noch gar nicht lange her — da waren die politischen Zustände in Deutschland zentralafrikanisch. Da übten die Häuptlinge Hohenrollen die Gewalt aus, die sie nicht auf Grund ihrer Tapferkeit oder Intelligenz, als auf Grund der Erblichkeit und ihres angehäuften Reichtums besaßen. Ihre zerfallende Macht suchten sie auch wie der Bumba am Kongo durch reichen Prunk und pomphaftes Hofzeremoniell zu verschleiern.

Seit der Novemberrevolution ist Deutschland nicht mehr das Land der blauen Blume ritterlicher Romanistik. Das alte Deutschland ist zu seiner politischen Quelle in Zentralafrika zurückgeführt. Ein neues Deutschland der Demokratie hat leider kein Verständnis mehr für politische Bushäupter und Bushmänner.

Ihr Jungdolen! Ihr seid mit eurer ganzen Sippe, die sich demütig nennt, ihr seid mit eurer Ritterschlechtern am Rhein, an der Elbe, an der Donau, am Main, an der Elbe und an der Spree in jählichen Landen. (Walleis.) Für eure Romanistik findet ihr in Zentralafrika bei den Zulaffern künftiges Verständnis. Dort wohnt ihr Großmeister (Häuptlinge) sein.

Wanderst aus nach Zentralafrika! Ihr paßt nicht in die deutsche Republik!

Selbstlich wird euch führen wie Moses einst die Israeliten durch die Wüste und das „rote Meer“ in das geliebte Land aller Jungdolen: Zentralafrika.

## Die Verarmung der Presse.

Als eintöniges Klageged die Listen der eingegangenen Zeitungen durch die Fachorgane des deutschen Schrift- und Buchdruckerhandwerks die ungeheure, rastlos und immer stärker weiter-springende Verteuerung der Herstellung und des Betriebs der Zeitungen bringt immer mehr von ihnen zum Erliegen, wenn sie nicht durch die Macht des Großkapitals gehalten werden, das Zeitungen braucht, um das Volk in seinem Interesse zu beeinflussen oder wenn sie nicht durch Spekulation auf die Gedankenlosigkeit und die Gier nach Nebenbrot sich behaupten oder schließlich, wenn nicht große Gemeinden von Gleichgesinnten sich zum Schutz ihrer Zeitungen durch Abonnement und Werbung immer neuer Abnehmer zusammenschließen. Dies letztere Moment ist es allein, das der Arbeiterpresse von jeher das Bestehen und die Weiterentwicklung gestattet.

Selbst die Presse des durch den Glauben zusammengehaltenen Zentrums sieht sich zum Zusammenschluß gezwungen. Am Bodensee wie im Münsterland sind eine Anzahl selbständiger Zentrumsblätter zu Kopfblättern degradiert worden, die sich nur noch durch die eigenen Ortsnachrichten voneinander unterscheiden — eine Verarmung der Presse, die Existenzen entwirrt. In München ist ein demokratisches Blatt, die „Süddeutsche Presse“, eingegangen. Alle paar Tage könnte man Ähnliches berichten.

An der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, an jedem einzelnen Parteimitglied liegt es, ihre Presse trotz aller Mühe als ein Kampfmittel zu erhalten, das in der indifferenten Masse den Wettbewerb mit der Presse der Kapitalisten und der Gedankenlosigkeit führen kann. Die Politik des um die Weltseele ringenden Deutschland wird durch die Wahlen auf Jahre hinaus bestimmt. Sorgt dafür, Genossen, daß auch in der Zeit zwischen diesen Entscheidungen das stärkste Mittel zur Gewinnung neuer Massen von Anhängern unserer Sache nicht stumpf wird, daß diese Presse freibleibt von Existenzsorgen und ihre ganze Kraft einbringen kann für eine starke Arbeiterpolitik in einem gesicherten Freistaat!

## Die oberschlesische Grenze.

Nach amtlichen Nachrichten hat der polnische Kommissar neuerdings der Grenzkommission, die mit der Grenz-ziehung in Oberschlesien beauftragt ist, folgende Forderungen vorgelegt: Zuteilung der Deshrud-Schächte an Polen, Zuteilung des Fiedler-Gliederschächtes nebst dem Ost- und Westfeld des Zimbergwerkes Wilhelmshütten an Polen, Zuteilung des vorgezeichneten Steinkohlenfeldes der Radzionka-Grube an Polen, eine Erweiterung des Geländes nördlich und östlich des Carnalsfreude-Schächtes zugunsten von Polen, Zuteilung des Ostfeldes der Königin-Luise-Grube an Polen, ferner zahlreiche andere Veränderungen der Demarkationslinie zugunsten Polens, z. B. Zuteilung eines Teiles der für die Stadt Beuthen lebenswichtigen Straßen und Kleinbahnverbindungen bei Rudahammer.

Dieser polnische Vorschlag zur Festlegung der definitiven Grenzlinie ist für Deutschland selbstverständlich völlig unannehmbar. Das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 ist unter der den beiden vertragschließenden Parteien bekannten Voraussetzung abgeschlossen worden, daß die damals bereits gegogene Demarkationslinie keine wesentlichen Veränderungen mehr erfahren würde. Die von den Polen neuerdings erstrebte Grenzlinie würde die Demarkationslinie erheblich ändern, würde weitere Strecken deutschen Gebietes, die Milliardenwerte in sich schließen, vom Deutschen Reich abtrennen. Es muß von der Grenzkommission erwartet werden, daß sie die polnischen Forderungen bei Feststellung der definitiven Grenzlinie mit Entschiedenheit zurückweisen wird.

## Das verlassene Deutschösterreich.

Die Vertröstung Deutschösterreichs auf den Völkerbund, der selbst nicht über Ansetzungen verfügt, hat auf unser Bruderland, soweit seine Bevölkerung nicht aus Schiebern besteht, sehr niederdrückend gewirkt und die Weltmarktpreissteigerung weiter gefördert. Aber selbst die Teilnehmer des Wiener Rathauses gingen vollkommen ruhig auseinander. Einige „schwarzgelbe Legitimisten“, die von der Polizei unter Putschverdacht ausgehoben wurden, sagten, daß sie nur kommunistischen Unruhen entgegen-treten wollten.

Die Regierung sucht in London Geld für die neue Noten-bank zu bekommen und hat den Präsidenten des Völkerbunds, Leon Bourgeois, ersucht, dafür zu sorgen, daß der Völkerbundrat und wenn nötig auch die Völkerbundversammlung sich möglichst bald mit der österreichischen Frage befaßt.

Das Raubmaterial wird vom kommenden Montag an um 100 bis 150 Proz. teurer. Der Brotpreis wird in der nächsten Woche 4300 Kronen betragen. Ein Liter Milch kostet 2240 Kronen.

## Gütertarife — 50 Proz. höher!

Heute vormittag trat der Reichseisenbahnrat unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Stieler zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dr. Stieler hielt eine programmatische Rede über die Aufgaben des Reichseisenbahnrates. Im Verlauf der Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Reichseisenbahn infolge der katastrophalen Entwertung der Mark und der sich dadurch ergebenden Ausgabesteigerungen genötigt ist, die zurzeit gültigen Gütertarife zum 1. September d. J. um 50 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung wird bei der zum 1. Oktober erfolgenden organischen Umarbeitung des Gütertarifs, bei der der neue Reichseisenbahnrat mitwirkt, bereits berücksichtigt.

## Kommunistische „Justiz“.

Am Montag haben die Kommunisten ihre Versammlung zu Ehren der Todesurteile und der Folterung der Sozialrevolutionäre abgehalten. Es sprach nicht Alara Zeitin, sondern Fritz Hedert, dessen robuftere Geistesveranlagung sich offenbar besser für diese Aufgabe eignet. Hat doch Hedert vor wenigen Tagen in Halle, wo er über das gleiche Thema rebete, folgendes gesagt:

In Rußland gibt es ein proletarisches Klassenrecht. Nach diesem Recht wird beispielsweise nicht derjenige bestraft, der die Spießbüchse entzündet. Auf diese Weise sind die Sozialrevolutionäre zu ihrem Todesurteil gekommen. Wenn es erst in Deutschland ein proletarisches Klassenrecht gäbe, dann würden Thier und Scheibemann und ihre Gefährten in führender Stellung erschossen werden.

Wir sind für diese Offenherzigkeit dankbar. Die sozialistischen Parteien müssen nun wenigstens genau, woran sie sind und was mit der kommunistischen „Einheitsfront“ gemeint ist. Diese Drohung entspricht übrigens durchaus dem Geiste, den die folgenden Sätze der Berliner Rede Hederts atmen und die wir nach dem Wortlaut der „Roten Fahne“ wiedergeben:

Was ist geschehen? In Moskau hat man über eine Partei, die sich „Sozialrevolutionäre“ nennt, ein Urteil gefällt und nicht nur ein Urteil, das dieser „Sozialrevolutionären“ nur ein Urteil, das die Führer dieser Partei mit dem Tode bestraft, sondern ein Urteil, das dieser „Sozialrevolutionären Partei“ für die Zukunft ein Todesurteil sein soll als Partei. Und darum können wir uns nicht nur mit Recht-fertigung des Todesurteils befassen, sondern wir müssen unter-suchen, ob dieses Urteil ein Todesurteil gegen die ganze Partei ist! Darauf kommt es an.

Was ist die Bedeutung dieser Worte? Wenn einem die Politik einer Partei mißfällt, so tötet man ihre Führer! Nach solchen Ausführungen ist es schmerzhaft, zwischen der Geistes-verfallung der Hedert und Genossen einerseits und der Leute von der Organisation C andererseits einen wesentlichen Unterschied zu entdecken.

## Die Methode der Verleumdung.

Der deutschnationale „Tag“ zitiert einen Satz aus dem französischen „Temps“, der lautet:

„Die Verleumdung, die man so im Vorbeigehen hört, wird in der Runde weitergegeben. Sie gewinnt an Glaubwürdigkeit, indem sie sich verbreitet. Eine Lüge, die von vielen Millionen Mäandern propagiert wird, gewinnt den Anschein der Wahrheit. Sie wird öffentliche Meinung.“

# Volkswirtschaft.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Spekulation auf dem Effektenmarkt. — Der kapitalistische Untergrund der Londoner Konferenz.

Die Börse wendet sich gegenwärtig in erhöhtem Maße der Spekulation in Effekten zu. Nach dem großen Sturz der Industriepapiere im November vorigen Jahres hat sich der Kurs auf den damaligen Stand nicht wieder erhoben. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß während dieses Zeitraumes das Aktienkapital stark vermindert wurde, so daß der nominelle Aktienwert in Papiermark stark vermehrt ist und damit an der Börse die spekulativen Ausschläge nicht so in die Erscheinung treten als wenn der Aktienbesitz unverändert geblieben wäre.

Der enorme Fall der Mark konnte den Effektenmarkt nicht unberührt lassen. Die Preissteigerung verspricht doch allgemein einen günstigen Einfluß auf die Geschäftsabläufe der Unternehmungen, die Dividenden werden reichlicher fließen und die Börse stellt sich bereits vorber auf die günstigen Chancen ein.

Der Umsatz an der Börse wird wieder lebhafter und man weiß zu berichten, daß bei den Banken auch die Auffrage aus der Provinz zahlreich eingehen. So ist die Schar der zurückgekehrten Spekulanten wieder in den Vordergrund getreten, und wenn nicht alles täuscht, geht es wieder lustig her im Raufen um den Profit aus dem kapitalistischen Betriebe.

Große Umsätze an der Börse fordern vermehrte Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, und das in einer Zeit, wo die Handels-presse täglich über Kapitalnot klagt. Die Notenpresse wird so in Anspruch genommen, daß die Reichsbank in Verlegenheit gerät, wie sie die Neuausgabe meistern soll. In verschiedenen Orten fehlte es an Zahlungsmitteln, obwohl in den beiden letzten Wochen rund 28 Milliarden neue Noten zur Ausgabe gelangten. Um den Notenruck zu beschleunigen, griff man zu dem sehr zweifelhaften Mittel, eine Banknote von 500 Mark in Buchdruck herzustellen, die gegen Nachahmung nur die Sicherheit eines für diese Zwecke besonders hergestellten Papiers hat. Verteilt man diese Neuausgabe von Banknoten auf die 60 Millionen Bevölkerung, so kommt auf den Kopf der Betrag von 383 Mark, der sich wohl nicht allein auf den vermehrten Umlauf von Zahlungsmitteln bei den gesteigerten Preisen erklären läßt. Wahrscheinlich werden große Beträge für Industriekredite und Betriebsmittel flüssig gemacht.

Es wurde bereits früher darauf hingewiesen, daß die Kapital-anlage in Devisen stark um sich gegriffen hat. Das heißt, es werden Markbeträge zum Aufkauf von fremden Werten benutzt, ohne daß eine Zahlungsverpflichtung für den Käufer in ausländischen Werten vorliegt. Um den Kurs in Effekten voll auszunutzen, läßt man sich nun die angekauften Devisen von den Banken be-leihen und geht mit diesem Gelde in die Spekulation mit Indu-striepapieren. Fällt der Mark weiter, so vermehrt sich die Zahl der Mitläufer, denn der Anreiz, an diesem Treiben teilzunehmen, wächst. Die Rückwirkung all dieser Vorgänge zeigt sich in der Preissteigerung für alle Waren, die zu einer unerträglichen Plage für unser Volk wird.

Will die Regierung diesem Treiben ganz latentlos zusehen? Das wäre nicht zu verantworten. Gewiß, wir können nicht reflexlos die Ursachen dieser Zerrüttung unserer Wirtschaft beseitigen, wohl aber müssen die Auswüchse des kapitalistischen Betriebes in Schranken gehalten werden. Die Interessenten des Finanz- und Industriekapitals wollen von solchen Eingriffen nichts wissen, weil sie nicht die Last zu tragen haben; das darf aber nicht entscheidend für die Regierung sein, die auch aus politischen Gründen die Gefahr erkennen muß, die dem deutschen Volke droht.

Welche Ausschreitungen in der Preistreiberie zu beobachten sind, dafür nur ein krasses Beispiel aus der Röhrgarnfabrikation. Obergarn wurde von den Fabriken im Juni noch die Rolle (1000 Meter) zu 46 Mark abgegeben; im Juli erhöhte man den Preis auf 84 Mark und im August auf 124 Mark. Der Preis ist um das 400fache gegen 1914 gestiegen. Hier dürfte wohl der Rekord in der Preiserhöhung erreicht sein.

Die Londoner Verhandlungen der Entente sind zum Abschluß gekommen ohne eine Erleichterung für die deutsche Wirtschaft zu bringen. Die Gewährung der Stundung der Reparationslast für einige Monate hebt die Unsicherheit nicht auf, unter der Deutsch-land in seiner Volkswirtschaft zu keiner ruhigen Entwicklung kommen kann. Die Verhandlungen, die in London zu einem vorläufigen Abschluß kommen, standen stark unter dem Einfluß wirtschaftspolitischen Interessen. Täuschen wir uns nicht, Frankreich verfolgt ganz systematisch den Anschluß des rheinisch-westfälischen Bergbaues an seine reichen Erzgebiete in Lothringen, um damit die französische Eisenproduktion zu einer reichen Entfaltung zu bringen. Dazu die günstige Ausnutzung des Rheins, einer Wasserstraße, die Kohle den Erzgebirgen zuführt und wiederum die Aus-

Am Anschluß daran beklagt das deutschnationale Blatt, daß die Deutschen nicht fähig seien, eine regelrechte Propaganda im Ausland zu führen. — Über doch wohl nur im Ausland! Im Inland haben die Deutschmonarchisten nach der Methode des einen zitierten Sages geradezu virtuos gegen republikanische Staatsmänner gebehrt!

## Zit-Zat.

Zu einem sonderbaren Zitzad-Kurs der kommunalen Behörden hat die Verfallungsfeier in Kalkam Anlaß gegeben. Eine amtliche Bekanntmachung in der „Ankl. Ztg.“ lud zu einem Festakt im Rathaus ein und schloß:

Ein Beflaggen der Häuser ist erwünscht. Das Heraus-bringen der schwarz-weiß-roten Fahne kann in diesem Falle als eine Gegenkundgebung nicht aufgefaßt werden.  
Der Landrat Der Magistrat  
v. Rosenstiel. Bartelt.

Schon am anderen Tage kam aber eine andere Bekanntmachung in dasselbe Blatt. Sie lautete:

Es besteht die berechtigste Besorgnis, daß das Beflaggen der Häuser in den ersten Reichsfeiern Veranlassung zur Störung des für den 11. ds. Mts. geplanten Festaktes geben könnte. Das Herausbringen der schwarz-weiß-roten Fahnen wird auf Grund des N. 2. R. W. II 17 hiermit für diesen Tag ver-boten.

Die Polizeiverwaltung.  
J. B. Schulz.

Was die guten Inklamer beim Lesen dieser Parolen „Nin in die Kartoffeln — raus aus den Kartoffeln“ sich gedacht haben, vermögen wir leider nicht zu melden. (W. a. M.)

fuhr von Eisen vorteilhaft gestaltet; die Verarbeitung in den großen Unternehmungen, die links des Rheines liegen, schießt den Kreis des Wirtschaftszehibes. Deshalb der Vorstoß des Herrn Poincare auf Errichtung der rheinischen Zolllinie, die Kontrolle des westdeutschen Bergbaues und des deutschen Waldbesitzes. Dahinter steht die mächtige Gruppe der französischen Schwerindustrie, die im französischen Parlament eine einflussreiche Stellung einnimmt, die in der Presse mit nationalen Phrasen ihr materielles Interesse verdeckt. Das starke Festhalten Poincares an den haupt-sächlichsten Grundideen dieses Programms entspringt weniger einer politischen Ideologie als einem nackten kapitalistischen Drängen. Welchen Hoffnungen man sich bereits hingab, läßt die Kurs-treiberie der Harpener Bergwerksaktien erkennen. Der Harpener Bergbau ist eine der größten Kohlenzechen; die Kurse standen noch vor einigen Wochen um 1800 herum und stiegen nun plötzlich bis auf 5400. Französisches Kapital trat so ungeheuer als Käufer der Aktien auf, daß eine wilde Haussee entstand. Oder sollte nicht nur französisches, sondern auch deutsches Kapital beteiligt sein? — Kurzum, die französische Schwerindustrie ist am Werke, und wenn der erste Anlauf nicht geklärt ist so wird man dort drüben nicht locker lassen.

Über hinter Lloyd George stehen nicht minder kapitalistische Interessen, denn der englischen Eisenindustrie ist es nicht gleich-gültig, wenn unter französischer Führung ihnen eine Konkurrenz entsteht, die sehr gefährlich werden kann. Deshalb der starke Lloyd George. Wer nun von beiden Staatsmännern am Ende das Feld behaupten wird, ist schwer zu sagen, für Deutschland ist die Gefahr nicht vorüber.

## Diebmärkte.

Hamburg, 17. August.

### Rinder- und Schafmarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt:

Es wurde gezahlt für 60 Kilo Lebendgewicht Ochsen und Stiere: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 5000—5200 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 4500—4800 Mk., fleischige (3. Qualität) 4000—4400 Mk., gering genährte (4. Qualität) 3400—3800 Mk. Bullen: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 5000—5300 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 4200—4800 Mk., fleischige (3. Qualität) 3600—4000 Mk., gering genährte (4. Qualität) 3000—3500 Mk. Kühe: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 5000—5200 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 4200—4800 Mk., gering genährte (3. Qualität) 3000—4000 Mk., geringste Sorte (Wurfs-tühe) 2200—2800 Mk. — Schafe: Wettemalt (1. Qualität) 5500 bis 6500 Mk., vollst. Schafvieh (2. Qualität) 4500—5500 Mk., gering genährtes Schafvieh (3. Qualität) 2500—3500 Mk. — Markt-zufuhr: 2573 Rinder (hierunter 657 Ochsen, 516 Stiere, 518 Bullen, 1082 Kühe und 80 dänische Rinder), 1462 Schafe. Das Geschäft verlief lebhaft zu erhöhten Preisen.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 18. August.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	17. August.	16. August.	
Amsterdam	100 fl.	40449.35	40149.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	7790.25	7640.40
Konstantinopel	100 Kr.	18102.30	17927.50
Kopenhagen	100 Kr.	22421.90	22022.45
Stockholm	100 Kr.	27440.65	26476.85
Helsingfors	100 Finn. Mk.	2272.15	2222.20
Rom	100 Lire	4660.15	4806.70
London	1 £	4654.15	4574.25
New York	1 Doll.	1088.70	1011.23
Paris	100 Frs.	8214.70	8089.85
Zürich	100 Frs.	19850.15	19825.80
Madrid	100 Pesetas	16279.60	15880.15
Wien	100 K.	1.45 1/2	1.35 1/2
Prag	100 K.	9065.15	9051.15
Budapest	100 K.	68.93	71.91

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 17. August: D. Polares von Sonder-burg in 1 1/2 Tg., D. Zeus von Nöföping in 1 Tg., D. Peters von Kofod in 1 Tg., D. Hansa von Kofod in 1 Tg., D. Neujaden von Kopenhagen in 1 Tg., S. Vulkan von Alsborg in 6 Tg., 18. August. S. Glückauf von Aarhus in 2 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Heilston Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



## Freistaat Lübeck.

Freitag, 18. August.

### Die Not der Schleher.

Nachdem wir wiederholt auf die sich täglich steigende Not der breitesten Volksschichten hingewiesen und deren Hauptursachen gestreift haben, wollen wir auch einen Blick in den Sorgenstuhl der gewerkschaftlichen Hausfrauen werfen. Ein schönes Bildchen über die Tätigkeit dieser Herrschaften entwirft Ott Köppler in der „Woll. Ztg.“. Er schreibt aus Thüringen:

„Am Tage sieht man in den Berggasthäusern zusammen bei teurem Kaffee und margarinebestrichenem Butterbrot. Denn auch die Thüringer Bauern sind dahinter gekommen, daß sich Butter sehr wohl mit Margarine strecken läßt, und daß man dabei ein fettes Gesicht machen kann. Tüchtenträger in der Stadt gestehen rüchellos ein, daß die Landbevölkerung ihr bester Margarinekunde ist. Wabens vertreibt man sich die Zeit bei Tee und Tanz. Wer von der Wertlosigkeit unserer Mark noch nicht überzeugt ist, hier wird er es in wenigen Minuten. Man rechnet nicht nach Hunderten. Man bezahlt mit Braune. In einem Hotel in Friedrichroda gibt es bei solchen Gelegenheiten Weine die Flasche zu 1500 Mark, das Glas zu 300 Mark und mehr. Man geht durchaus nicht. Man läßt sich Bowlen servieren zu 6000 Mark und mehr, trinkt hinterher seinen Wodka zu 35 Mark und raucht dazu Zigarren in derselben Preislage. Eine Tafel Schokolade, die im Laden mit 18 Mark zu haben ist — wie auf der Auszeichnung zu erkennen ist — kostet hier 30 Mark. Macht man den Ober darauf aufmerksam, daß doch wohl ein Irrtum vorliege, bedeutet er mit lächelnder Miene: „Hotelpreise!“ Aber es wird keinem Ausruf einfallen, ihn darauf aufmerksam zu machen, er sei denn aus der Provinz. Man zahlt anstandslos jeden geforderten Preis. Denn das Publikum, das heute in Thüringen weilt, ist kapitalkräftig bis dahinaus. Neben Kriegsgewinnulern jeder Art sind besonders viel Ausländer hier anzutreffen, vor allem Dänen, Schweden, Norweger, Engländer, Amerikaner und Tschechen.“

Und aus Westfalen auf Snt wird in der „Norddeutschen Rundschau“ berichtet:

„Was man hier alles aufstellt, um seine Lokale zu füllen, davon wollen wir eine kleine Auswahl folgen lassen. Zunächst gibt es hier 20 Spielclubs, die das Publikum anziehen sollen, dann werden täglich allerlei Prämierungen angeordnet, so wurden schon die drei schönsten Damen, die drei schönsten Kleider, die drei schönsten Backische, die drei besten Tänzerinnen, die drei schönsten Haarfrisuren, die drei schönsten Abendtoiletten prämiert, die Krone derselben fand in Morla statt, hier wurden nämlich die drei schönsten Damen prämiert, und man fragt sich allgemein, was nun drannkommt!!! Vorgestern fand auch das erste diesjährige Rennen auf dem Bornenplatz statt, es starteten 11 Pferde und 4 Ponys, alles hiesige Arbeitspferde.“

Während also das Gros des deutschen Volkes darbt und hungert, amüsiert sich die Salutzugewinnler in den Bädern, schimpfen natürlich auf die demokratische Regierung und die faulen Arbeiter, die nur acht Stunden arbeiten wollen. Soll den Notleidenden mehr als bisher geholfen werden, dann scheint es nötig zu sein, die Besizenden noch härter zur Steuer heranzuziehen. Daß dort noch sehr viel zu holen ist, unterliegt wohl keinem Zweifel.

### Zur Kartoffelversorgung für den Winter.

Wer sich im vorigen Jahre rechtzeitig mit Kartoffeln für den Winter eindeckte, hatte viel Geld gespart. Während im Herbst noch Kartoffeln zu 50 bis 60 Mark pro Zentner zu haben waren, stieg der Preis im Winter und in Frühjahr auf das Vierfache und mehr. Wenn die Kartoffeln nun auch im Vergleich zu anderen Waren etwas billiger geworden sind, so ist damit noch keineswegs gesagt, wie der Preis der Spätkartoffeln im Winter sein wird. Es ist deshalb gut, daß sich die Gewerkschaften, der Konsumverein und das Landesversorgungsamts schon seit einiger Zeit mit der Beschaffung von Winterkartoffeln für die hiesige Bevölkerung befaßt haben. Man ist mit den Erzeugern in Mecklenburg zu einer allgemeinen Verständigung gelangt.

Der Preis wird sich allerdings nach dem allgemeinen Marktpreis richten, doch hofft man, nicht nur gute Sorten und gute Ware zu erhalten, sondern auch gegenüber früher, wo die Kartoffeln von weit her bezogen werden mußten, an Fracht erheblich zu sparen. Es ist daher dringend zu empfehlen, daß den von den Gewerkschaften und dem Konsumverein im Volksboten wiederholt erschienenen Aufforderungen auf Bestellung oder Anmeldung des Bedarfs entsprochen wird.

Von großer Bedeutung für die Versorgung und die Preisgestaltung ist der pünktliche Transport. Man kann es daher nur begrüßen, daß, wie bereits berichtet, die Gewerkschaften, die Konsumvereine, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft in diesen Tagen mit dem Reichsverkehrsministerium zusammen über den Kartoffeltransport im Herbst beraten haben. Im vergangenen Jahre haben Verkehrsstörungen viel mit dazu beigetragen, daß die Kartoffelpreise sprunghaft stiegen. In den Großstädten herrschte großer Mangel und große Nachfrage. Auch von den Bauern, die gern liefern wollten, waren viele gezwungen, einzumieten, weil sie ihre Ware nicht verkaufen konnten. Als die Mieten geöffnet wurden, hatte sich der Preis vervierfacht.

Zunächst steht noch nicht fest, welche Transportleistungen von der Bahn zur Zeit der Kartoffelernte verlangt werden. Die genannten Organisationen werden voraussichtlich erst Anfang September nähere Unterlagen dafür geben können. Es ist mit ihnen vereinbart worden, daß zu diesem Zeitpunkt eine Besprechung der genannten Angelegenheit unter Vorbehalt des Eisenbahn-Zentralamts stattfinden wird. Jedenfalls muß verlangt werden, daß durch die Eisenbahnverwaltung alles geschieht, was nur irgend möglich ist, um den Transport der Kartoffeln glatt abzuwickeln.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Kartoffelernte gut. Es darf nicht vorkommen, daß trotz guter Ernte das Volk nicht einmal Kartoffeln kaufen kann. Alle Mittel müssen angewendet werden, um die minderbemittelte Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen.

### An die Arbeitnehmer Lübecks!

In der gestrigen Vollversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsgebiets Lübeck ist einstimmig beschlossen worden, die Versorgung der Arbeitnehmer mit Kartoffeln für das beginnende Wirtschaftsjahr vorzunehmen, wie der Ortsausschuß des ADGB es empfiehlt. Wir bitten daher bis spätestens Sonnabend, den 19. August, die Meldungen über den Bedarf an Kartoffeln auf dem Gewerkschaftssekretariat zu melden. In den wiederholten Bekanntmachungen im Lübecker Volksboten ist der Gedanke der organisierten Beschaffung mit Kartoffeln enthalten gewesen. Wir verweisen auf diese Notizen. Später als bis zum Sonnabend eingegangene Meldungen werden nicht berücksichtigt. Für diejenigen Arbeitnehmer, die in Kleinbetrieben beschäftigt sind und daher nicht von der Betriebszentrale erfaßt werden, werden ebenfalls Meldungen auf dem Gewerkschaftssekretariat entgegengenommen. Wer eine einigermaßen sichere Gewähr haben will Kartoffeln zu erhalten, melde sich daher umgehend. Die Betriebsrätezentrale.

500-Mark-Hilfsbanknoten. Die Reichsbank bringt zurzeit Hilfsbanknoten zu 500 Mark mit dem Ausgabedatum 7. Juli 1922 in den Verkehr, um dem gegenwärtig herrschenden großen Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen. Die Hilfsbanknote ist 90x174 Millimeter groß und hat folgenden in deutscher Schrift hergestellten Wortlaut: „Reichsbanknote fünfhundert Mark zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese Banknote dem Einlöser. Vom 1. Januar 1923 kann diese Banknote aufgerufen und unter Umtausch gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingezogen werden. Berlin, den 7. Juli 1922. Reichsbankdirektorium. 12 Unterschriften.“ Rechts und links neben den Unterschriften stehen die Kontrollstempel mit dem Reichsadler und der Umschrift „Reichsbankdirektorium 500.“ Links quer dreizehlig der Straßfuß. Die Banknote ist in gewöhnlichem schwarzen Buchdruck und nur einseitig bedruckt ohne irgendwelche drucktechnischen Sicherungsmittel hergestellt. Jeder Drucker ist daher ohne weiteres in der Lage, den Druck selbst nachzumachen. — Es ist daher bei In-

zahlungnahme einer 500-Marknote besonders scharf darauf zu achten, daß folgende Merkmale der echten Hilfsbanknote auf ihr einwandfrei zu erkennen sind: 1. die auf der rechten zum Teil himmelblau gefärbte Seite der Banknote dunkelrot eingewirkt, nicht aufgedruckte Faserstreifen; 2. ein auf der rechten Seite der Banknote hell und dunkel schimmerndes Wasserzeichen. Das aus zwei feilartig verschlungenen Bändern bestehende, von denen das mit dunkler Randbegrenzung die helle Wertzahl „500 Mk.“ das mit dunkler Randbegrenzung die dunkle Wertzahl „500 Mk.“ trägt, und 3. die in rot oder grünem Aufdruck ebenfalls auf der rechten Seite befindliche Nummer des Scheines.

Statistischer Monatsbericht über Lübeck für Juli 1922. Die Bevölkerung der Stadt Lübeck betrug nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes Ende Juli 122 361 gegen 122 087 zu Anfang des Berichtsmontats und 119 362 im Juli vorigen Jahres. Sie hat also um 274 bzw. 2799 Personen zugenommen. Der Geburtenüberschuß betrug auf 67 und die Wanderungsbewegung brachte bei 1480 Zugezogenen und 1273 Weggezogenen einen Gewinn von 207 Personen. Die Heiratverhältnisse fanden 134 statt, 7 weniger als im Vormonat, aber 23 mehr als im Vorjahre. 21 Männer und 24 Frauen heirateten zum wiederholten Male. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Heiratsziffer war mit 13,1 um 2,2 höher als die vorjährige (10,9). Geboren wurden 110 Knaben und 77 Mädchen, zusammen 187 Kinder. Die Zahl blieb hinter der des Vormonats (224) und der im Juli vorigen Jahres (217) erheblich zurück. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtsziffer betrug nur 18,4 gegenüber 22,4 im Mai und 21,3 im Vorjahre. Unter den Geborenen waren 21 oder 11,2 Proz. unehelich und 8 oder 4,3 Proz. tot. Sterbefälle wurden 120 registriert, das sind 4 weniger als im Vormonat und 21 weniger als im Vorjahre. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) belief sich auf 11,8 gegenüber 12,4 im Vormonat und 13,9 im Juli vorigen Jahres. Im ersten Lebensjahre starben 21 Kinder, darunter an angeborener Lebensschwäche 7, in Lungenerkrankung und an Magen- und Darmkatarrh je 3. 27 Personen waren über 70 Jahre alt. In Krankenhäusern verstarben 46 Personen, das sind 41,4 Proz. der Gesamtsterbefälle. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer betrug 83,5 gegen 130,3 im Vormonat. Todesursache war 17mal Krankschmerzen der Kreislauforgane, 16mal Krebs und 14mal Tuberkulose.

Günstige Entwicklung des Briefverkehrs. Der Briefverkehr, der vor einer Reihe von Monaten verhältnismäßig eingeführt wurde, befindet sich in rasch aufsteigender Entwicklung und hat sich seit Februar um mehr als das Dreifache gesteigert. Die Einführung dieses Dienstes hat hiermit offenbar einem wirklichen Bedürfnis abgeholfen. Die vorher vereinzelt geäußerte Befürchtung, daß die Gebühr von 50 Pf. für das Wort diesen Verkehr zurückhalten würde, hat sich nicht erfüllt. Die durchschnittliche Laufzeit eines solchen Telegramms — gerechnet von der Aufgabe bis zur Übermittlung an den Empfänger, die durch Fernsprecher erfolgt — hat in den letzten Monaten 12 bis 15 Minuten betragen; in vielen Fällen war sie geringer. Das vorliegende Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als bis Ende vorigen Monats zunächst nur 8 Großstädte an dem Verkehr teilgenommen haben. Seit Anfang August ist der Briefverkehr auf allen Funklinien des Deutschen Reiches zugelassen. Wenn sich der Verkehr so weiter entwickelt, ist damit zu rechnen, daß seine endgültige Einführung der Telegraphenverwaltung eine neue Quelle für nicht unbeträchtliche Einnahmen erschließen wird.

Bessere Preise für Schlafwagenkarten. Eine wichtige Neuordnung wird, wie die Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung mittelt, im Vorverkauf der Bettkarten für Schlafwagen vom 1. September ab durchgeführt; bisher begann der Vorverkauf von Bettkarten sieben Tage vor Abgang des Zuges; diese Vorverkaufsfrist ist jetzt auf 14 Tage verlängert worden. Gleichzeitig werden die Preise der Bettkarten erhöht; sie betragen vom 1. September ab auf dem Gebiet der deutschen Reichsbahn in der 1. Klasse 500 Mk., in der 2. Klasse 250 Mk. und für die Liegewagen der 3. Klasse 150 Mk.; dazu tritt eine Vormerkgebühr für die im Vorverkauf bestellten Karten von 50 Pf. in der ersten, 25 Pf. in der zweiten und von 15 Pf. in der dritten Klasse.

Das Handwerker-Altersheim ist im Bau soweit vollendet, daß heute die Richtfeier vorgenommen werden konnte. Man rechnet bestimmt damit, daß das Heim zum 1. Januar bezogen werden kann.

## Der Landvogt von Greifensee.

Von Gottfried Keller.

7. Fortsetzung.

Wie sie das geschliffene Gläschen mit dem bernsteinfarbigem Wein lächelnd erhob und ein Strahl der Nachmittagssonne nicht nur das Gläschen und die Ringe an der Hand, sondern auch das Goldhaar, die zarten Rosen der Wangen, den Purpur des Mundes und die Steine am Halsband einen Augenblick beglänzte, stand sie wie in einer Glorie und sah einem Engel des Himmels gleich, der ein Mysterium feiert.

Selbst der sorglose Bruder wurde von dem erbaulichen Anblick betroffen und hätte die schimmernde Schwester gern in den Arm genommen, wäre nicht die Erstbeimung dadurch zerstört worden; auch der Oheim betrachtete das Mädchen mit Wohlgefallen und unterdrückte einen aufsteigenden Seufzer der Beforgnis für ihr Schicksal.

Als noch ein Stündlein verfloßen war und der Abend nahte, schlug der Kaiser den beiden Gesellen vor, sich nach der Promenade im Schützenplatze zu begeben, wo längs den zwei Flüssen, die denselben einfließen, die schönen Baumalleen stehen.

„Dort geht jetzt“, sagte er, „der edle Bodmer spazieren, umgeben von Freunden und Schülern, und spricht treffliche Worte, die zu hören Gewinn ist. Wenn wir uns ihm anschließen, so stellen wir unsere Reputation allerseits wieder her; indessen mag Figura ihre Sonntagsgespinnnen aufsuchen, die übungs-gemäß am gleichen Orte luftmandeln, ehe sie die eingemachten Kränze essen, mit denen sie sich in unschuldiger Weise bewirten.“

Diesem Ratsschlag ausführend, gingen die Männer nach der genannten Promenade, auf welcher sich verschiedene Gesellschaften als geschlossene Körper auf und nieder bewegten. Darunter befand sich in der Tat Bodmer mit seinem Gefolge und besprach im Geheiß den Unterschied zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen der Republik Platos und der schweizerischen Stadtrepublik, wobei er auf alle möglichen Vorgänge zu sprechen kam und allerhand Dummheiten und Unzulänglichkeiten mit unwertbaren Seitenhieben bezichtigte.

Die Herren Leu und Landolt schlossen sich nach gehöriger Komplimentierung dem Bodmerischen Zuge an und spazierten mit demselben weiter. Salomon Landolt war mit seinem lebhaften Wesen, und überdies nicht von der größten Aufmerksamkeit erfüllt, bald einige Schritte voraus, während Bodmer zum Thema einer öffentlichen Erziehung nach bestimmten Staatsgrundsätzen überging.

Einer Gesellschaft junger Damen, die jetzt von einer Seitenallee her über die Hauptallee spazierte, ging in ähnlicher ungeduldiger Weise Figura Leu voran; Landolt machte seinen tiefsten Bückling, und alle Herren hinter ihm zogen ebenfalls ihre dreieckigen Hüte und machten ihre Komplimente, daß alle Degen hielten in die Höhe stiegen; Figura verneigte sich mit unmaß-ahnlichen Entschiedenheit und mit großen Zeremonien, und alle Demoi-elles hinter ihr, an die zwanzig Geisteslinnen, laten es ihr nach.

Als Bodmer ein Schulwerk Baschows kritisierte, kam der Damerzang, desmal in gerader Richtung, abermals entgegen und es erfolgte in gleicher Weise die Begrüßung, die noch länger andauerte, bis alle vorbei waren. Ubergend zum Nutzen der Schaulustigen, die Bodmer nicht ohne Anspielungen auf seine eigenen dramatischen Versuche abhandelte, wurde er wiederum durch den nämlichen zeremoniellen Vorgang unterbrochen, so daß man aus dem Hütelchwingen und Verbergen nicht herauskam, fast zum Verdrusse des würdigen Almetiers.

Fresslich lag die Schuld einigermaßen an Salomon Landolt, der als Jäger und Soldat die Bewegungen des feindlichen Körpers im Auge zu behalten verstand, und die gelehrten Herren, ohne daß sie es merkten, die Wege einschlugen ließ, welche zu den wiederholten Begegnungen führten. Figura griff aber jedesmal so pünktlich und zuverlässig mit ihren ungeheuren Kränzen ein, daß er es nicht bereute. Auch dünkte ihm dieser Tag, als er vollbracht war, der schönste, den er bis jetzt erlebt hatte.

Das lustige Fräulein lag ihm nun stündlich im Sinn; allein die heitere Ruhe, welche er bei der Salome, dem Dittelfuß, bewahrt hatte, war jetzt dahin, und es erfüllte ihn, so oft er sie längere Zeit nicht sah, Traurigkeit und Zorn, das Leben ohne Figura Leu zubringen zu müssen. Auch sie schien ihm bezüglich geeignet zu sein; denn sie erleichterte seine Bemühungen, in ihre Nähe zu kommen, und ging mit ihm um wie mit einem guten Kameraden, der zu jedem Scherz aufgelegt und für jeden Sonnenblick guter Laune empfänglich ist. Sie legte ihm hundertmal die Hand auf die Wange oder gar den Arm um den Hals; sobald er aber vertraulich ihre Hand ergreifen wollte, zog sie dieselbe beinahe hastig zurück; magte er vollends ein zärtlicheres Wort oder einen verräterischen Blick, so ließ sie das mit kalter Nichtbeachtung abgleiten. Mitunter versiel sie sogar in spöttliche Äußerungen, die sie wegen unbedeutender Dinge gegen ihn richtete und die er schweigend hinnahm, in seiner Verlegenheit aber nicht merkte, wie sie trotzdem einen warmen und teilnahmevollen Blick auf ihn geworfen hatte.

Bruder und Oheim sahen diesen seltsamen Verkehr wohl stehen die jungen Leute aber gewähren und nahmen die Art des Mädchens wie etwas, das nicht zu ändern ist, zumal sie den

vollkommen ehrenhaften und biedern Charakter Salomons kannten.

Eines Tages jedoch kam das Verhältnis zum Austrag. Salomon Geyner, der Dichter, hatte, da der Sommer begannen, seine Anwesenheit in Sigholde bezogen, dessen Oberaufsicht ihm von seinen Mitbürgern übertragen worden war. Ob er das Amt wirklich selbst verwaltete, ist nicht mehr ersichtlich; soviel ist gewiß, daß er in jenem Sommerhaufe dichter und malte und sich mit den Freunden lustig machte, die ihn häufig besuchten. Dieser neue Salome, der in unseren Geschichten erscheint, stand dazu mal in der Blüte seines Lebens und eines Ruhmes, der sich bereits über alle Länder verbreitet hatte; was von diesem Ruhme verdient und gerecht war, trug er mit der Anspruchslosigkeit und Lebenswürdigkeit, die nur solchen Menschen eigen sind, die wirklich etwas können. Geyners idyllische Dichtungen sind durchaus keine schwächlichen und nichtsagenden Gebilde, sondern immerdar ihrer Zeit, über die feiner hinaus kam, der nicht ein Heros ist, fertige und silbvolle kleine Kunstwerke. Wir sehen sie jetzt kaum mehr an und bedenken nicht, was man in fünfzig Jahren vor alledem sagen wird, was jetzt täglich entfällt.

Sei dem wie ihm wolle, so war die Luft um den Mann, wenn er in seiner Waldwohnung saß, eine recht poetische und künstlerische, und sein nichtzeitiges frühliches Könnig, verbunden mit seinem unbefangenen Humor, erregte stets goldene Heiterkeit. Sowohl seine eigenen Redierungen als die von Zingg und Kolbe nach seinen Gemälden geschriebenen Blätter werden in hundert Jahren erst recht eine geschätzte Ware in den Kupferstichlabinnern sein, während wir sie jetzt für wenige Sagen einander zuzuflehern.

An einer Porzellanfabrik beteiligt, hatte er mit leichter Hand versucht, in Bemalung der Gefäße selbst voranzugehen und nach kurzer Übung die Ausschmückung eines staatlichen Teegeschirrs übernommen und zum Gelingen gebracht. Das zerliche Wert sollte nun in Sigholde eingeweiht werden; Freunde und Fremdlingen waren zu der kleinen Feier geladen und der Tisch am Ufer des Flusses unter den höchsten Ahornbäumen gedeckt, hinter denen die grüne Bergkette, Kronen über Kronen, zu dem blauen Sommerhimmel emporstiegt.

Auf dem blendendweißen, mit Ornamenten durchwobenen Tischuch aber standen die Kannen, Tassen, Teller und Schüsseln, bedeckt mit hundert kleinern und größern Bildwerken, von denen jedes eine Erfindung, ein Idyllion, ein Sinnbild war, und der Reiz bestand darin, daß alle diese Dinge, Nymphen, Satiren, Sirren, Kinder, Landschaften und Blumenwerk mit leichter und sicherer Hand hingeworfen waren und jedes an seinem rechten Platz erschien, nicht als die Arbeit eines Fabrikanten, sondern als diejenige eines spielenden Künstlers.

(Fortsetzung folgt.)

Das Ergebnis der Delegiertenwahl zum Parteitag. Nach dem auch die Wahlergebnisse aus der Umgegend vorliegen, sind als Delegierte gewählt: Dr. Leber und G. aut.

pb. Ermittelt und festgenommen wurden zwei jugendliche Arbeiter aus der Biegelstraße zwecks Verhütung einer gegen sie verhängten Freiheitsstrafe wegen Diebstahls. — Eine in Travemünde zu Besuch weilende, von Hannover zugereisete Mädchen wurde festgenommen, weil sie die Gastfreundschaft insofern ausnützte, indem sie eine beträchtliche Geldsumme, diverse Kleidungsstücke und Schmucksachen unterschlug und damit das Weite suchen wollte. — Festgenommen wurde ferner ein Arbeiter aus Wandsdorf, der seinem Arbeitskollegen in Barnemitz eine kleinere Geldsumme gestohlen hat. — Ebenfalls festgenommen wurde ein wohnungs- und stellungsloser Kellner aus Hamburg, welcher einem dortigen Wirt eine leberne Handtasche und Mk. 1900 Bargeld gestohlen hatte.

pb. Diebstähle. Aus einem Hause in der Finkenstraße sind am 16. ds. Mts., ein dunkler Jacketanzug, 1 weißes Oberhemd, 1 silberne Armbanduhr, 1 Paar Hosenträger und 1 Taschenlampe gestohlen worden. — Am 17. ds. Mts. wurde ein vor einem Hause in der Sandstraße hingestellt gewesenes Fahrrad gestohlen.

### Sinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Im Sonnabend-Abonnement wird als 2. Vorstellung die komische Oper von Luber: „Fra Diavolo“ gegeben. Am Sonntag muß auf Veranlassung der Volkshöhe die Nachmittagsvorstellung: „Orpheus und Eurydike“ ausfallen. Die Direktion gibt zu halben Schauspielpreisen das plattdeutsche Lustspiel: „Menspiegel“.

Hansa-Theater. Heute Freitag ist das Ereignis der ganzen Sommerpielzeit im Hansa-Theater, da hier zum ersten Male „Li. Lübe.“ (Li. Lübeck's goldene Liebe) von Adolf Steinmann und Hermann Stein, für Lübeck bearbeitet von Dr. Ernst Albert, aufgeführt wird. Spielleitung: Willy Schent als Gast. Länge: Ballettmeisterin Rosel del Jano, Hamburg. Außer verschiedenen Gefangenschlagern wird als Einlage von Herrn Trimborn gesungen „Lübe.“ gedichtet von Gela Bessler und komponiert von Dr. J. Borgem.

Das „Nachtschiff-Biertel“ im Gewerkschaftshaus. Am Sonnabend, dem 19. und Sonntag, dem 20. August, findet unter Leitung des Hamburger Theaterdirektors Max Edler im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Gesamtspektakel erster plattdeutscher Hamburger Künstler statt. Zur Aufführung gelangt der große Schläger des Hamburger Ernst-Drauer-Theaters „Das Nachtschiff-Biertel“, der hier bereits im vergangenen Jahre an gleicher Stelle vor überausverkauften Häusern mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Den Gesamtvorverkauf hat die Zigarrenhandlung Niemeyer, Breite Straße 63, übernommen. In den Ausführungsstagen findet außerdem von 10 bis 1 Uhr und ab 3 Uhr dauernd ein Vorverkauf an der Kasse des Gewerkschaftshauses statt.

### Angrenzende Gebiete.

#### Eröffnung der Hamburger Uebersee-Woche.

Hamburg, 17. August. Am Donnerstagabend wurde in Hamburg die Uebersee-Woche eröffnet. Dazu begab sich am Donnerstag nachmittag der Reichspräsident Ebert in Begleitung des Reichsinnenministers Dr. Koester und des Ministerialdirektors Bredt vom Reichsinnenministerium nach Hamburg. Auch der Reichsverkehrsminister Groener traf in Hamburg ein.

#### Der Empfang des Reichspräsidenten.

Ueber Erwartungen lebhaft und herzlich war der Empfang, den die Bevölkerung Hamburgs am Donnerstagabend dem ersten Beamten der deutschen Republik bei seiner Ankunft bereitet. Tausende harrten am Dammtorbahnhof, von dem herab des Reiches und Hamburgs Flaggen wehten. Aus der Menge hervor leuchteten, von Jugendlichen getragen, ebenfalls die Farben der Republik, um ihren höchsten Diener zu begrüßen. Hamburgs erster Bürgermeister Dr. Dieckel nebst seinen Begleitern war zum Empfang des Reichspräsidenten am Bahnhöfe. 7.15 traf der Reichspräsident Ebert, begleitet von den Ministern Dr. Koester und Dr. Groener sowie anderen Herren, ein. Nach einigen Worten des Grußes begaben sich die Herren ins Rathaus zum offiziellen Empfang, begleitet von lebhaften Hochs auf den Reichspräsidenten. Die Ehrenmännchen aber wogten durch die Colonnaden und dem Neuen Jungfernstieg entlang zum Rathausmarkt, der bald schwarz von Menschen war.

Als sich vor dem Rathaus gegen 9 1/2 Uhr die Menschenmenge immer gewaltiger angesammelt hatte und stürmisch immer wieder Hochrufe auf den Reichspräsidenten und die Republik ausstieß, verlangte sie, daß der Reichspräsident einige Begrüßungsworte spreche. Dieser trat dann unter ungeheurem Jubel

der Massen auf den Balkon. Nachdem Stillstehen eingetreten war, hielt er folgende kurze Ansprache:

Ich danke der hamburgischen Bevölkerung herzlich für ihren Gruß. Ich will diesen Gruß so verstehen, daß Sie treu zur Republik stehen wollen und die Arbeit der deutschen Regierung am deutschen Wiederaufbau gutheißen. In diesem Sinne erwidere ich Ihren Gruß mit dem Ruf: „Die deutsche Republik, das ganze deutsche Vaterland, sie leben hoch!“

Die Menge stimmte bravend in den Ruf ein und sang die Strophen „Einigkeit und Recht und Freiheit“ vom Deutschland-Liede. Dann wurden noch viele Hochs auf die Republik ausgedrückt und das Lied „Stadt Hamburg an der Elbe Muen“ angestimmt. Erst nachdem der Reichspräsident und die übrigen Gäste vom Balkon sich wieder ins Innere des Rathauses zurückgezogen hatten, zerstreute sich auch unten langsam die Menge.

Im goldenen Saale des Rathauses hatten sich etwa 500 Personen, Mitglieder des Senats und der Bürgerschaft und Vertreter der Behörden, zur Begrüßung Eberts eingefunden. Als erster Redner begrüßte Bürgermeister Dr. Dieckel den Reichspräsidenten. Reichspräsident Ebert nahm dann das Wort zu einer Antwort an die Versammlung. Besonders die Stellen, in denen er die Frage der Gesamtheit des Volkes, am Wiederaufbau mitzuwirken, unterstrich und die Notwendigkeit der Schaffung eines Groß-Han-Jurg begründete, wurden von lebhafter Zustimmung begleitet. Am Schluß seiner Rede wurde dem Reichspräsidenten durch lebhaften Beifall gedankt. Wir geben von der Rede folgendes wieder: „Hier in Hamburg, wo der Puls des Weltverkehrs fühlbarer ist, als irgendwo in Deutschland, wird man verstehen, daß ich trotz all dem, was wir in den letzten Jahren erleben mußten, die Hoffnung hege, das Geheiß der wirtschaftlichen Verbundenheit aller Völker der Erde werde nicht zulassen, daß einem großen Volk sein Recht auf Leben abgesprochen wird. Die wirtschaftliche Verknüpfung aller Glieder der Welt kann und wird es nicht dulden, daß ein Staat, der von seinen Volksgenossen das Höchstmögliche der Leistungen fordert, auf ein Mindestmaß wirtschaftlicher, politischer und persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung herabgedrückt wird. Die Veranstaltung Ihrer Uebersee-Woche beweist, daß Hamburg an seine großen Ueberlieferungen anknüpft, daß sich die Männer des Senats und seiner Bürgerschaft, seine Kaufleute und seine Arbeiter zusammengeschlossen haben, um der Welt erneut kundzutun, daß wir bereit sind, mit solchen Empfindungen an sicheren Werte der Neugestaltung der Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Wir sind ein Volk, das nach den Entschörungen des Krieges die beispiellose Leistung der Gegenwart kaum noch ertragen kann. In unserm Teil ist es, durch seine Ordnung unseres staatlichen Lebens und durch rastlose Arbeit die wirtschaftlichen Grundlagen zu schaffen, auf denen sich ein glücklicheres Deutschland aufbauen läßt. Ob der Bau selbst gelingen wird, hängt nicht allein von uns ab. Wohl aber können wir sagen, der Bau muß gelingen, wenn draußen in der Welt über Haß und Gewalt endlich Menschlichkeit und Vernunft siegen. Unsere eigenen Volksgenossen aber müssen erkennen, daß weder die Jagd nach Geld und Genuß, noch der harte Kampf um ungewisses tägliches Brot Erfüllung unseres Lebens heißt, sondern die Arbeit daran, daß alle Lebenden in Frieden und Gerechtigkeit das reiche Gut der mütterlichen Erde nutzen und verwalten.“

Das trotzige, alte Hamburg, das seine staatliche Unabhängigkeit im Kampfe der Jahrhunderte treu bewahrt, hat in der neuen Zeit nichts von seiner inneren Kraft, nichts von seinem Wagemut und nichts von seiner freien Würde verloren. Deutschland freut sich dieses Geistes und erwidert herzlich die Liebe, die ihm Hamburg entgegenbringt. Es wäre eine Schand, die die Geschichte unerbittlich aufrechnen würde, wenn nicht alles geschehe, um Hamburgs Entfaltung so sicher zu stellen, da es seine großen Aufgaben in aller Zukunft erfüllen kann.

Hamburg, das sich als Bollwerk hausatmigen Geistes durch die Jahrhunderte hindurch als freie Stadt erhalten hat, kann erwarten, daß es als deutsches Land nicht nur nach dem Umfange seines Territoriums oder der Zahl seiner Einwohner, sondern nach seiner Bedeutung für den deutschen Handel, deutsche Schifffahrt und deutsche Arbeit gewertet werde als eines der wichtigsten Glieder des Reiches.

An die Begrüßung der hiesigen Gäste, die zur Eröffnung der Uebersee-Woche geladen waren, schloß sich nach ein kurzes Beisammensein bei einer der heutigen Zeit angemessenen einfachen Bewirtung durch den Senat. Heute vormittag beginnt die Eröffnung des Weltwirtschaftskongresses.

Hamburg. Die „Aare“ aufgerichtet. Das schwere Werk, das viel Arbeit verursacht hat, ist gelungen. Die Berger, die am Mittwoch die Arbeit einstellten, weil einige Hebelröhren gerissen waren, haben die „Aare“ Donnerstag vormittag aufgerichtet und zwar so weit, daß das Oberbecken mit Hochwasser frei läuft. Das Schiff, das zwei Monate hindurch sich nahezu zwei Drittel unter Wasser gelegen hat, steht natürlich schräg aus. Das Auge sieht auf ein unentwirrbares Chaos, denn überall erhebt es Schutt, Schlamm und Schutt. Einzelne Bänke und Stühle liegen zertrümmert und zerbrochen zwischen eingestürzten Ventilatoren, gestürzten Lederküchen und losgerissenen Balken umher. Troffen,

Reiten, Blöße, zerbrochene Schiffslaternen, Gerätschaften aus Küche und Keller, aus den Kammern und sonstigen Räumen, haben sich aus dem Innern des Fahrzeuges durch die Luftkantung nach oben gewendet und sind, wie alles übrige, mit einer graugelben Schlammmasse überzogen.

Stiel. Verbot einer nationalistischen Zeit- schrift. Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat die Münchener Wochenschrift „Fredericus“ für die Provinz Schleswig-Holstein während der Dauer von sechs Monaten verboten, da sie eine Neuausgabe der für die Dauer von sechs Monaten verbotenen Hamburger Warte darstellt.

### Noch einmal die Amtsblattfrage.

Wir haben unsere Meinung in der Amtsblattfrage verschiedentlich schon und klar zum Ausdruck gebracht. Heute lassen wir den Genossen Paul Löwig in der gleichen Angelegenheit zu Worte kommen, der eine andere Ansicht vertritt als wir.

Nach dem im „Volksboten“ wiederholt und ausgiebig die Frage der Verbindung des Amtsblattes mit unserem Parteiorgan beantwortet worden ist, erscheint es wohl nicht ganz unangebracht, auch einmal die andere Seite zu hören. Dabei wird es nötig sein, einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und den bisherigen Verlauf der Sache zu werfen. Schon vor vielen Jahren war es in der Arbeiterschaft sehr unangenehm empfunden und als unhaltbarer Zustand erkannt worden, daß eine politische Tageszeitung, die scharf die Meinung größerer Bevölkerungsschichten bekämpfte und auch diesen Kampf oft persönlich führte, als amtliches Publikationsorgan der Behörden und des Senats diene. Als dann die „Lübeckischen Anzeigen“ sich in den Dienst des mit den schlimmsten Verleumdungen arbeitenden Reichsverlandes gegen die Sozialdemokratie stellten, dessen späterer Geschäftsführer ihr Redakteur war, da unternahm der Sozialdemokratische Verein einen energischen Schritt, um in der Amtsblattfrage Wandel zu schaffen. In einer eingehenden, vom Verfasser dieser Zeilen als Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins unterzeichneten und an Senat und Bürgerschaft gerichteten Eingabe wurde an der Hand von zahlreichen Auslassungen der „Lübeckischen Anzeigen“ der Nachweis geführt, wie dieses Blatt sich die Verunglimpfung anderer Parteien zur Aufgabe gemacht habe, deren Angehörigen man es deshalb nicht zumuten könne, es seiner amtlichen Anzeigen wegen durch Abonnement zu unterstützen. Als die Denkschrift in der Bürgerschaft zur Beratung kam, ist dann besonders vom Genossen Wislitz mit aller Schärfe hervorgehoben worden, daß aus diesem Grunde die Schaffung eines von jeder politischen Tageszeitung unabhängigen amtlichen Organes unbedingt notwendig sei. Nur auf solche Weise sei es möglich, einem ungesunden Zustande ein Ende zu bereiten. Damals fehlte leider im Bürgertum und im Senat diese Einsicht völlig. Man füllte sich sicher im Besitz seiner Macht und dachte gar nicht daran, vernünftigen Forderungen zu entsprechen, zumal wenn sie von der Sozialdemokratie kamen, deren Bekämpfung man direkt und indirekt förderte. Da aber schließlich nichts gegen die Begründung des sozialdemokratischen Antrages eingewendet werden konnte, regte man sich über den Ton der Eingabe künstlich auf — beileibe nicht über die Unwürde der „Lübeckischen Anzeigen“! — und beließ es bei dem auch vom Standpunkte der Verwaltung aus höchst unglücklichen Zustand, daß eine nur in einer kleinen reaktionären Oberschicht verbreitete politische Tageszeitung weiter als Amtsblatt fungierte.

Es wird wohl kaum zu bestreiten sein, daß für diese Haltung die Absicht mit maßgebend gewesen sein wird, den jenen Kreisen politisch nahestehenden „Lübeckischen Anzeigen“ die Existenzmöglichkeit sichern zu helfen. Sonst wäre es doch wohl viel zweckdienlicher gewesen, in einer der meistgelesenen Zeitungen die amtlichen Bekanntmachungen zu veröffentlichen, als gerade in derjenigen, die nur einen recht beschränkten Leserkreis aufwies. Von einem eigenen Amtsblatt wollte man schon gar nichts wissen. So blieb es, trotz mancher, erneuter sozialdemokratischer Vorstöße in der Bürgerschaft, die allerdings bei der damaligen Mehrheit eine Abweisung fanden.

Nach der Revolution, als die tüchtige Volksvertretung den Mehrheitswillen der Bevölkerung zum Ausdruck brachte, wurde erstmalig von der Bürgerschaft beschlossen, eine Veränderung in der Amtsblattfrage herbeizuführen, und zwar im Mai 1920 in Form eines Erlasses um halbjährige Vorlage eines Antrages, der die Schaffung eines von keiner politischen Tageszeitung abhängigen amtlichen Anzeigenblattes vorsieht. Genosse Haut betonte dabei ausdrücklich: „Wir sind nicht der Meinung, daß nun etwa der „Lübeckische Volksbote“ oder sonst eine Tageszeitung damit beauftragt werden soll, sondern wir wollen die Sache vollständig frei haben.“ Das war der Standpunkt, den die Sozialdemokratie immer eingenommen hatte. Würde sie, nachdem sie in der Staatsverwaltung ausfallgebend geworden war, anders gehandelt haben, so hätten sich naturgemäß alle Vorwürfe, die sie mit Recht gegen die früheren Machthaber erhoben hatte, gegen sie selbst gerichtet. Dann würde man wahrscheinlich leicht zu der Annahme gekommen sein, die Sozialdemokratie hätte die vernünftige Forderung nur deshalb gestellt, weil sie das selbst noch nicht durchführen könne, was sie bei den Gegnern als sachlich und politisch falsch bekämpfte. Das ist aber in Wahrheit nie der Fall gewesen.

Die Instanzen, die sich nach der Annahme des sozialdemokratischen Antrages mit der Bearbeitung der Sache befaßt haben, verdienen für das Tempo, mit dem sie von ihnen gefördert wurde, gewiß keine Schnelligkeitsprämie. In reichlich zwei Jahren war noch keine Vorlage an die Bürgerschaft, die eine einstimmige Vorgang an den Tag legte, gelang. Bis endlich der Rathenau-Mord und die politische Haltung der „Lübeckischen Anzeigen“, die unentwegt die Reichsregierung und die Republik herabsetzten, zur Entschcheidung drängten. In großen Demonstrationen wurde verlangt: Den „Lübeckischen Anzeigen“ ist sofort der amtliche Charakter zu nehmen. Das bedeutete natürlich, daß die alte sozialdemokratische Forderung endlich durchgeführt werden sollte. Von einer erneuten Verbindung des Amtsblattes mit einer anderen politischen Tageszeitung, etwa dem „Volksboten“, war darin überhaupt nicht die Rede.

Als dann der Senat, was schon längst hätte geschehen müssen, endlich eine Vorlage brachte, die das Amtsblatt von den monarchischen Lübeckischen Anzeigen trennen und die amtlichen Anzeigen allen Tageszeitungen geben wollte, eine Maßnahme, die vom Standpunkt einer Verwaltung, die ihre Bekanntmachungen an möglichst weite Kreise heranzubringen gewillt ist, als sehr richtig erscheint, — fand er damit nicht die Zustimmung der Mehrheit der Bürgerschaft. Unsere Fraktion hielt zwar grundsätzlich an ihrem bisherigen Verlangen nach Schaffung eines besonderen Amtsblattes fest, forderte jedoch nun, entgegen ihrem wiederholt und nachdrücklich betonten Standpunkt, daß vorläufig ein anderes politisches Blatt, nämlich der „Volksbote“ amtliches Organ werden sollte. Sachliche Gründe wurden hierfür nicht angeführt, sondern nur allgemeine politische Erwägungen, die um deswillen nicht sehr überzeugend zu wirken vermochten, weil sie den Gründen für den ursprünglichen Antrag widersprachen. Genosse Wolfrath betonte als Fraktionsführer sehr kräftig, daß die von ihm geforderte Regelung nur als provisorische gedacht sei und solange bestehen sollte, bis wir in der Lage sind, uns ein selbständiges Amtsblatt zuzulegen.“ Das veranlaßte nunmehr den Senat, eine Vorlage einzubringen, die die Schaffung eines selbständigen Amtsblattes bezweckte. Hier hatte also unsere Fraktion das, was sie verlangte. Trotzdem lehnte sie nun diesen Antrag ab, und zwar nur deshalb, weil der Senat zu lange gesögert habe, bis er dem Wunsche der Bürgerschaft gefolgt sei. Die Einwände, die sonst etwa gegen ein selbständiges Amtsblatt vorzubringen wären, nämlich dessen unzureichende Verbreitung und erhebliche Bezugslosigkeit

### Der Apfel.

Von Karl Ettinger, München.

Ich nahm die neueste Nummer des „Garten- und Kleingartenbau“ zur Hand und blätterte erregt bis zur Rubrik „Erdbeeren“, da war schon die Antwort auf meine Anfrage: „Lebwohl dem Mann, der den Apfel nicht auf Bäume.“ Ich atmete auf.

„Gut sei Dank, mein Dadel konnte es also nicht gewesen sein. Aber was war es dann? — In meinem Vorgarten steht ein Apfelbaum. Eine sehr edle Sorte, Calville oder Holsteiner oder in etwas ähnliches. Im Frühjahre trägt der Baum alljährlich in herrlicher Blüte, und dann frisst ich mich an die reiche Ernte. Im Juni jagen die Vögel der Reihe nach an abzufallen, und im Herbst trägt der Baum Jahr für Jahr einen einzigen Apfel. Calville oder Holsteiner aber so ähnlich. Und dieser einzige Apfel wird mir jedes Jahr gestohlen. Dann habe ich es mit Geduld ertragen, dann ich sie mir. Niemand legt sich gerne meine ganze Ernte nehmen. Ich verdröhliche nicht leichtfertig meine Mühen, deshalb ist mein erster Versuch auf meinen Dadel. Aber man hätte ich's schon auf weiß, daß er nicht in Betracht kommen würde. Was sollte ich tun?“

„Mein Nachbar hat ein ganzes Kubel Obstbäume, aber ihm wird nie etwas gestohlen. Höchstens, daß ich manchmal — aber den Baum — ich habe da so einen langen Stiel mit einem Silberhaken — aber das ist nur Jalousie. Er hat nämlich vor letzter Gartenzeit ein Schild: „Vor dem Hunde wird gewarnt.““

„Das klang mir ein. So was hält die Dade ab. Was mein Nachbar kann, das kann ich auch. Ich habe zwar nur einen Dadel, aber es hat noch niemanden gestohlen, das heißt natürlich nicht, daß es nicht in Betracht kommen würde. Was sollte ich tun?“

„Im nächsten Morgen klingelte der Briefträger, was er sonst nie tat. „Kommen Sie doch herein“, rief ich ihm vom Balkon zu. „Ihr Hund auch angebunden?“ fragte er unglücklich. „Er hat sogar in einer Zwangsjacke“, erwiderte ich.

„Hab der Briefträger brachte mir drei unbegleitete Rechnungen ab ein Kuchengeld. „Gut, Kuchengeld hinter kann die Mühsam und Engstelle, die sie jetzt ist. „Kommen Sie doch herein, Frau Müller“, rief ich ihm zu.

„Hast du das Hundvieh angebunden?“ — „Aber freilich.“ — „Ja, er ganz g'müß.“ — „Aber wenn ich's Ihnen doch sage.“ — „Wissen S. ich bin halt so ein Idiot.“

„Sie laß mit dem Mühsüßel herein, unterwegs piepste ein Vogel, da hätte sie auf, als sei vor ihr eine Witze erplaudert, ließ den Mühsüßel fallen und ließ davon. Ich habe sie nie wieder gesehen und war 14 Tage ohne Milch. Eine halbe Stunde später kam der Elektricitätsmann und klingelte, was er sonst nie tat.“

„Kommen Sie doch herein“, rief ich ihm zu. „Wenn er mich anrührt, schlag ich ihn tot, den Hundstrüppel.“

„Ich werde Ihnen dabei helfen“, versicherte ich. Der Elektricitätsmann war kaum zehn Meter gegangen, da bellte im Vorgarten mein Dadel, der Elektriker bekam einen Schreckensanfall, stieg mit seinem Instrumenten sämtliche Parterrestrecker ein, ich eilte herunter, er haute mir auf den Kopf, daß die Hundstrolche, und am Abend wurde mir der elektrische Strom gesperrt.“

„Dann bekam ich ein Schreiben vom Magistrat: Wenn ich meine Hundhölle nicht anbinde, würde ich kein Leben. Dann kam eine Vorladung des Rentamts wegen Steuerhinterziehung für eine Hundhölle. Dann kamen Spödenerschlagungen von fünf Wätern, deren Hund meine Hundhölle gebissen haben sollte. Und letzte fe ein Gefäß gerammt haben.“

„Wenn ich eine gar nicht existierende Hundhölle solchen Schaden anrichte, wie gefährlich muß dann erst eine richtige Hundhölle sein.“ Ich wollte daher mit dieser Vergeltung nichts mehr zu tun haben und erlöste das Schild. Stattdessen legte ich Zehnjahrgeld und Regiments in meinen Vorgarten; denn ich war inzwischen ein Menschenschind geworden.“

„Diese Dinge kenne ich im südlichen Spanien. Ich habe nämlich verheiratet, so ich die Zehnjahrgeld und Regiments hingelagert hatte, und wie ich habbesen pappe will, freie ich mit dem neuen Hof in eine Engel und mit dem linken in mehrere Regiments. Ich kann mich nicht beklagen; es war gute Waren. Die Ungehörigkeit kommt für nichts an. Sie hat einen Parterrestrecker in der Police, was dem fe sie für etwas aufzukommen braucht.“

„Gestern brachte mir meine Haushälterin eines wunderlichen Apfel aus Kuchengeld. Gelächte aber Holsteiner, oder so ähnlich. Aber es ist nicht der Apfel von meinem Baum — der mir schon längst wieder gestohlen.“

durch den Staat, kommen nicht in Betracht, da sie ja schon immer dagegen geltend gemacht werden konnten, als wir die Forderung auf Schaffung eines selbständigen Amtsblattes erhoben.

Man muß aber gefragt werden: ist es richtig, nur deshalb eine Sache, die durchaus unserm noch vor wenigen Tagen hervorgehobenen Standpunkt entspricht, abzuweisen, weil sie uns nicht schon früher entgegengebracht wurde? Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Noch viel weniger einleuchtend aber ist es, nunmehr gerade das zu wollen, was solange grundsätzlich von uns bekämpft und überhaupt die Veranlassung zu der ganzen Aktion gewesen war: die Herstellung einer Verbindung zwischen einem politischen Organ und dem Amtsblatt.

Bisher haben meines Wissens unsere Genossen in keiner Stadt, auch in keinem Lande, in dem sie in der Volksvertretung die Mehrheit besitzen, ihr Parteiorgan zum Amtsblatt gemacht. Das ist gewiß nicht auf zu große Schüchternheit, sondern auf praktische Bedürfnisse und sachliche Ursachen zurückzuführen. Hinzukommt ferner, daß der amtliche Charakter eines Blattes doch dessen Redaktion zu einem gewissen Maßhalten der Kritik gegen behördliche und amtliche Stellen verpflichtet. Man kann doch nicht die Körperschaften hämisch glossieren, in deren amtlichen Auftrag man mitwirkt. Der preussische Innenminister, Genosse Senzing, hat das ganz richtig erkannt und deshalb lehnt die Schaffung besonderer Amtsblätter ab. Man kann daraus übrigens erkennen, daß in Preußen die Angelegenheit noch nicht weiter gediehen ist, als bei uns.

Wenn somit rein praktische und sachliche Erwägungen mich zu der Auffassung bringen, daß es zweckmäßig und auch politisch richtig ist, wenn die Sozialdemokratie an ihrem bisherigen grundsätzlichen Standpunkt festhält, die Verbindung des Amtsblattes mit einer politischen Tageszeitung, ganz gleich welcher Richtung, zu verwerfen, so muß doch entschieden der Behauptung der bürgerlichen Presse entgegengetreten werden, als handle die sozialdemokratische Fraktion in dieser Sache undemokratisch. Das wäre nur dann der Fall, wenn eine Minderheit der Bürgerchaft der Mehrheit ihren Willen aufzwingen wollte. Davon kann hier gar keine Rede sein. Wohl aber hatten bisher die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Zeitungen nichts dagegen einzuwenden, daß entgegen dem Verlangen der Volksmehrheit ein politisch bekämpfendes Blatt den amtlichen Charakter trug. Diese Leute haben also absolut keine Ursache, sich über die von der sozialdemokratischen Fraktion gewünschte Maßnahme zu entrichten, die den amtlichen Charakter einer politischen Zeitung nehmen und einer anderen weiterverbreiteten geben, also im wesentlichen den bisherigen Zustand beibehalten will. Nur vom sozialdemokratischen Standpunkt kann man dagegen Einwendungen erheben, und die seien hiermit geltend gemacht. Paul Löwig.

## Aus der Partei.

**Der Fall Benj.** Der Bezirksparteitag der Berliner Genossen hatte sich mit einem Antrag zu beschäftigen, der den Ausschluß des Chefredakteurs der Deutschen Allgemeinen Zeitung, Genossen Benj., forderte. Dazu teilte Genosse Dr. Adolf Braun vom Parteipostamt mit, daß sich noch in dieser Woche ein Schiedsgericht mit dieser Angelegenheit beschäftigen werde.

## Gewerkschaften.

Die Entwicklung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Postseiler. Aus dem Bureau des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Postseiler wird uns geschrieben: Seit der Verschmelzung der Verbände der Sattler und Postseiler mit dem Verbande der Tapezierer hat sich unser Verband vorzüglich entwickelt. In der Hauptsache ist das zurückzuführen auf die günstige Wirtschaftslage in den genannten Branchen. Die Arbeitslosigkeit hat sich fortwährend vermindert. Im April 1921 waren von unseren Mitgliedern 10,2 Proz. arbeitslos, im Juni waren es nur noch 8,6 Proz., während im April dieses Jahres nur 1,4 Proz. und im Juni 1,8 Proz. ohne Beschäftigung waren. Diese Zahlen wurden noch ungünstig beeinflusst durch die schwierige Lage auf dem Baumarkt und die Wohnungsnot überhaupt, die bewirkt, daß die Beschäftigung in der Tapetenerlei, Polstererei und Dekoration nicht gerade übermäßig günstig ist. Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich im Jahre 1921 auf 7 Millionen Mark, davon entfielen allein auf die Hauptkasse 4 700 000 Mk. Die Ausgaben bezifferten sich auf 2 747 032,58 Mk. Davon entfielen auf das Mitglied für Agitation 6,63 Mk., Zeitungen 8,55 Mk., örtliche Verwaltung 22,46 Mk., zentrale Verwaltung 557 Mk., Streiks 1283 Mk., Erwerbslosenunterstützung 10,86 Mk. usw. Am Schluß des Jahres 1921 verfügte der Verband über ein Vermögen von 5 773 000 Mk. Die ständig zunehmende Geldentwertung machte fast jeden Monat Lohnforderungen notwendig. Der Erfolg der Lohnkämpfe ist eine Erhöhung der Löhne um 70 bis 110 Prozent. Die günstige Entwicklung im Jahre 1921 setzte sich auch im ersten Halbjahr 1922 fort. Die Zahl der Mitglieder war bis Ende Juli auf 44 528 angewachsen. Mit einer zweimal notwendigen Erhöhung der Mitgliederbeiträge wurden auch die Unterstützungsätze erhöht.

**Neue Lohnverhandlungen im Bergbau.** Die Bergarbeiterverbände haben um neue Lohnverhandlungen nachgehakt, die gegen Ende des Monats stattfinden sollten. Ob sich bei der fortschreitenden Geldentwertung dieser Verhandlungstermin aufrecht erhalten lassen wird, erscheint außerordentlich zweifelhaft: man muß damit rechnen, daß die Verhandlungen unter dem Zwange der Verhältnisse schon in allernächster Zeit beginnen werden. Ueber die Höhe der Lohnforderungen ist noch nichts bekannt.

## Verbrecher oder Irrenhäuser?

Von Alfred Dreger.

Von einem Gewerkschaftsmitglied werden uns die Rückschlüsse der freien Arbeiter-Union, Ortsauskunft Lübeck, übergeben. Es ist einmal notwendig, sich diese Leute und ihre Rückschlüsse etwas näher anzusehen, damit sich die Arbeiterbewegung Lübecks selber ein Urteil bilden kann, welche Bedeutung von der Weberschrift dieses Schriftstückes die zukunftsweisende ist. Es zeigt mich, eine Summe von Aussagen, aber man darf im Interesse der von diesen Gelehrten verkauften eingegangenen Indifferenz in der Frage der freien Arbeiter-Union den ersten Gesichtspunkt nicht außer Betracht lassen. Dabei mögen sich nun die Dratzstieber dieser Union nicht etwa einbilden, daß wir auch nur im geringsten ihre Maulwurfsstöße fürchten. Die freigeistigsten organisierten Arbeiterschaft weiß, was sie am ADGB und IFA-Bund hat und weiß auch ganz genau wessen Geschäfte ihr befohlen. Es ist uns auch genau bekannt, daß die Angehörigen der Union dieser nur treu bleiben oder beigetreten sind, weil ihnen der 50-Pfg.-Wochenbeitrag so sehr gefällt. Wir kennen doch unsere Wapenheime! Um einmal unseren Kollegen und Kolleginnen in dieser Zeit der bitteren Not etwas Lustiges zu bringen, beschäftigen wir uns mit der Union.

Die Einleitung zu dem acht Paragraphen umfassenden Statut, befaßt, daß die bestehenden Parteien, Verbände, Vereinigungen, besonders aber die Gewerkschaften bitter enttäuscht haben, weil sie im revolutionären Kampf vollständig versagt haben. Die Gewerkschaften haben durch (man höre und klame oder lasche) Betriebsräte, „langfristige“ Tarifverträge, die Entlassung der Arbeiterklasse verweigern helfen. Die Union da-

gegen ist sich darüber klar, (wörtlich) „daß der Sieg für die Vernunft und Gerechtigkeit walten soll.“ Quatsch! Wenn man diesen blühenden Unsinn liest, dann fragt man sich unwillkürlich, ob ein 6- oder 7-jähriges Kind diesen Mist zusammengescribbelt hat, oder ob diese Einleitung für eine Karnevalszeitung bestimmt ist.

Der § 1 teilt dann dem Leser mit, das äußerste gespannte Leser mit, daß die Union den Zweck hat, die heutige Produktionsweise in die „vernünftige“ vorzubereiten, und bei Eintritt der sozialen Revolution (Ob diese Leute wohl wissen, was das ist? D. W.) ihre Anhänger die Bahn zu führen, auf der sie den vollen Erfolg suchen. Sehen diese Leute denn gar nicht, daß wir inmitten einer großen sozialen Umwälzung stehen, wie nie in der Weltgeschichte? Sehen diese Herren denn nicht den großen Kampf der Weltanschauungen, der sich täglich und stündlich vor unseren Augen abspielt? Nein, sie sehen ihn nicht! Können ihn nicht sehen, weil ihr Gehirn so von der geistigen Kraft der Generalanzeiger-Presse gefangen ist, daß sie, ob alt oder jung, nach sich der Menge unterzogen haben, einmal über den großen Gedanken der Gemeinsamkeit, der Koalition der Arbeitnehmer nachzudenken.

Der § 2 dieser Rückschlüsse, der noch obendrein fettgedruckt ist, besagt, daß man als erstes und vornehmstes Mittel zur Abschaffung der bestehenden Ordnung, „die geistige Ueberlegenheit“ benutzen will, um die von sämtlichen Parteien wie Gewerkschaften enttäuschten Arbeiter, auf die Bahn zu führen, die zum Ziele führt! Wird aus solchem Quatsch noch ein Mensch schlau? Aber es soll auch keiner der Unionisten und auch kein anderer diesen Unsinn verstehen. Wie müssen die Väter dieser Rückschlüsse ihre Anhänger kennen, um ihnen so etwas vorlesen zu können.

§ 3 sagt, daß jeder „männlichen Geschlechts“ Mitglied werden kann, der „ohne Aufforderung beiträgt.“ Wer laßt denn da wieder? Hingeworfen werden sollte, daß neben politischer und gewerkschaftlicher Kasstraktion auch noch die geschlechtliche vorgenommen sein muß.

§ 4 besagt, daß alle „Ehren-Mitglieder“ sind und nur die baren Auslagen und Verjämmerung erstattet werden. Das werden dann lauter „Auslagen- und Verjämmerungsbongsen“ sein, die die Arbeit verrichten.

Im § 5 suchen die Unionisten Verbindung mit gleichlaufenden Vereinigungen. Ich könnte Ihnen ja eine ganze Masse nennen, aber ich fürchte, da ja keine Frauen dabei sein dürfen, daß auch keine Juden und Antisemiten, auch keine Republikaner usw. dabei sein dürfen. Wir müssen deshalb diese Leute unter sich lassen und ich hoffe, daß die Lübecker Arbeitnehmer das so gründlich tun werden, daß die Union bald die Nase von der Lübecker Luft noll hat.

§ 6 sagt, der wöchentliche Beitrag beträgt 50 Pfg. (in Buchstaben: fünfzig Pfennig) „und kann gelegentlich bezahlet werden.“ 50 Pfg. bezahlen auf Teilstrecke, d. h. auf Teilzahlungen, wenn ich gerade mal von der Frau 50 Pfg. als Taschengeld erhalten habe. Keine Sache! Das sind wenigstens noch Kerle! Das ist unser Ideal, werden alle Beitragsheuerer sagen. „Mensch in die Organisation gehn war in.“ Es heißt dann weiter, Unterführungen werden nicht bezahlt. Ist ja auch gar nicht nötig. Wenn ich so 3, 4, 5 oder 6 Wochen mit dem Beitrag, durch die gelegentliche Zahlung im Rückstand bin, dann soll der Kapitalist mal antreten; dann halten diese Leute es aus, mag da kommen was da will. Oder hast, da fällt mir jetzt eben ein, daß einer von „die“ Union bei einem kürzlich stattgefundenen Streik einfach zu einer anderen Organisation gegangen ist und — Unterführung verlangte! Ja, das wäre schön, wenn andere die Mittel für diese Leute aufbrächten! 50 Pfg. in die Union und der Transport- und Metallarbeiter-Verband oder eine andere Organisation bezahlt die Hunderte von Mark Unterführung! In diesem Beispiel erkennt man aber, wie wenig die Mitglieder der Union überhaupt das Wesen ihrer eigenen Organisation erkannt haben.

Nach dem § 7 wollen die Unionisten nur dann Propaganda treiben, wenn andere Parteien versuchen, sie schädlich zu bekämpfen. Dann wollen sie auch beweisen, ob der Mann betrogen ist, der 50 Pfg., oder der, der 10—15 Mk. per Woche Beitrag zahlt!

Ich würde mich freuen, wenn meine Ausführungen dazu beitragen, diesen Nachweis in aller Öffentlichkeit zu führen. Soweit ich die Geister der Union hier in Lübeck kenne, ist dazu feiner in der Lage, aber man wird wohl von außerhalb Hilfe holen. Mag dem sein wie ihm wolle, an dem bisher Gesagten erkennen die Arbeitnehmer, mit welchen Schülern der Arbeiterbewegung man es mit diesen Organisierten zu tun hat. Das sind die irreführenden Arbeitskollegen, die zum Teil aus Scheu vor dem Beitrag einer ordentlichen Organisation, zum anderen aus Verärgerung und Mißbilligung ihrem Verbaude den Rücken kehren, und sehr häufig erst durch großen Schaden klug werden. Mögen alle freigeistig organisierten Arbeitnehmer ihre höchste Aufgabe darin erblicken, diese mißleiteten Kollegen ihrer richtigen Organisation wieder zuzuführen.

Wenn wir uns heute einmal ausführlich mit der Union beschäftigen haben, so deshalb, weil wir vor allem die Indifferenzen, von dem Organisationsgedanken noch nicht erfahren und durchdrungenen Kollegen, vor einem Reinfall bewahren wollen. Mögen diese Zeiten Veranlassung sein, daß die Unionisten erst einmal ihren Quatsch und Blödsinn, genannt Rückschlüsse, durchlesen, dann wird sich mancher sagen, in was für einen Laden bin ich denn da geraten!

**Kollegen! Fort mit diesen Zerplitterern der Gewerkschaftsbewegung!** Diese Leute treiben benehmt und unbewußt die beste Arbeit für unsere Reichen, das Unternehmensruhm! Holt diese Kollegen in unsere Reihen zurück! Macht sie aufmerksam auf ihren Schweg.

## Aus aller Welt.

**Wirdige Epigonen.** Der Fall, daß man die Gelegenheit seiner eigenen Hochzeit benutzte, um seine geladenen Gäste, während diese bei Speise und Trank die Eheschließung feierten, auszurauben, dürfte in der Kriminalgeschichte ein Novum bilden. In Berlin hatte sich der Arbeiter Walter Hoffmann mit dem Maurer Alwin Schäfer und dem Schlosser Max Heinz zusammengetan, und mit ihnen verabredet, bei seiner Couline einen Einbruch zu verüben. Seine beiden Mitthäuflichen lud er, obwohl sie in der Familie unbekannt waren, als Hochzeitsgäste ein. Während die Gäste sich vergnügten, stahl er aus dem Taschchen seiner Couline die Schlüssel zu deren Wohnung und handigte sie diesen beiden aus, die sich heimlich entfernten, nach der Wohnung der Verwandten des Bräutigams eilten und dort Kleidungsstücke, Ringe und Lebensmittel im Werte von 14 000 Mark stahlen. Sie stopften alles in einen Sack, den sie auf den Hof brachten und schafften es in einer Drohsche fort. Sie wurden jedoch bald darauf ergriffen und zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Schredensat eines Wahnsinnigen.** Aus Weimar wird gemeldet: Ein schweres Unglück ereignete sich im Dorfe Detteln. Der Maurer Markwardt erlitt einen Wahnsinnsanfall und feuerte in diesem Zustande aus seiner Armeepistole auf offener Straße mehrere Schüsse ab. Darauf lief er in sein Haus und erschöß hier seinen sechsjährigen Sohn und seine vierjährige Tochter. Das dritte Kind entging dem Tode nur dadurch, daß es sich versteckte. Nun ließ der Wahnsinnige wieder auf die Straße und feuerte auf den Maurer Liebald, der seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Ferner ermordete er den Lehrer Schmidt. Der Wahnsinnige erhängte sich dann in seinem Hause.

150 Millionen Mark geerbt. Durch eine Millionenerbschaft wurde der in hiesigen Verhältnissen lebende Steinischer Dienapp in Prag überrascht. Vor kurzem erhielt er von einem Onkel aus Amerika die Nachricht, daß er eine Erbschaft von 300 000 Dollars antreten sollte. Das Geld ist bereits eingetroffen; bereit

wird aber das Finanzamt von dieser großen Summe, die nach dem heutigen Stande der Mark ein Vermögen von über 150 Millionen Mark darstellt, bedeutende Abstriche machen.

**Abwurf einer Fliegerbombe.** — 10 Personen tot. Aus Danzig wird gemeldet: Bei einem militärischen Sportfest sollte von einem Flugzeug aus ein Bombenwurf ausgeführt werden. Die Bombe wurde jedoch von dem Flieger abgeworfen, als er sich über der Zuschauermenge befand. Durch die Explosion der Bombe inmitten der Menge wurden zehn Personen getötet, weitere 50 Personen teils schwer, teils leicht verletzt.

**Der Wetterhaden in der Schweiz.** Aus allen Teilen der Schweiz treffen Schadenmeldungen ein, die das Unwetter verursachte. Im Davoier und Albulas-Gebiet wurden ganze Forsten enturzelt. Im Tessin-Tale und im Gebiet des Lago Maggiore wütete das Unwetter besonders stark. In Brigg wurde eine Reihe von Häusern abgedacht und zahlreiche Fensterbänke zertrümmert. Auf dem Vierwaldstätter-See wütete ein solcher Dölan, daß selbst die größten Dampfer große Mühe hatten zu landen. Vier Personen wurden auf dem See ertrunken, ein weiterer erschöpften Zustand aus dem Wasser geholt. Eine Dame starb kurz darauf an den Folgen des Sturmes. Der Kulturschaden im ganzen Gebiet des Vierwaldstätter-Sees geht in die Millionen. Auch im Graubünden Kanton ist der angerichtete Schaden nicht weniger erheblich. Auf dem Bodensee kamen 15 Segelboote, die an der Segelbootregatta teilnahmen, in Seenot. 2 Personen wurden von dem Erkan über Bord geworfen und gelten als ertrunken.

## Allerlei Wissenwertes.

Aus der Geschichte des Seebades. Das Meer war immer daselbe, seit ewigen Zeiten eine unerschöpfliche Quelle der Verjüngung und Heilung, und doch ist die ihm dargebrachte Wertschätzung verhältnismäßig modern. Schon die Ägypter wußten seinen Wert zu würdigen, und sie schufen in der Venus Aphrodite ein Symbol, die Schaumgeborene verfinstlicht und offenbar die Schönheit, die Fruchtbarkeit, das Verlangen. Vitruv hat uns die Mythen jener vergangenen Tage erhalten, und wir wissen, daß die Griechen, wie später die Römer, dem Meere nicht nur das Wiedererlangen der Gesundheit zuschrieben, sondern auch die Mittel, sie zu erhalten. Bei den Ägyptern pflegte man die Bäder in dem eigenen Hause oder wenigstens in der Stadt, in der man wohnte, zu nehmen, und zwar das ganze Jahr über, und ohne daß man die Vorteile eines großen Beckens mit den frischen kalten Fluten verkannte, zog man es vor, das Meerwasser in die Städte zu bringen und die Fische zum Baden in denselben zu füllen. Dies war allerdings schon der Niedergang. Dem ganzen Mittelalter war das Meer ein Ort des Schreckens. Die Braumässer wurden mit Abscheu betrachtet, die Winde, die es peitschten, erregten Entsetzen, die Einbildungsart schuf daraus das Reich der Dämonen. Wie man anderwärts einen Menschen mit der Peitsche strafe, so wurde der Meerbewohner von seinen Bedrängern in das Meer getaucht. Man erzählt aber auch, daß ein armer Teufel, der halb krank drei Wochen lang eine solche unheimliche Taufe über sich ergehen lassen mußte, frisch, munter und kräftig aus dem Bade zurückkehrte. Dies war ein leuchtender Strahl, der den kommenden Tag verkündete. Der geistreiche französische Dichter Konrad besang schon den Ozean und seine perle gesundeitbringenden Wasser, und doch wartete das Meer noch lange Jahre, bis die Menschen es aufsuchten und sich vertrauensvoll seinen nie verlassenden Fluten anvertrauten. Erst England begann um die Mitte des 18. Jahrhunderts das Meer wieder in seine Rechte einzusetzen. Zu jener Zeit waren alle Wälder des westlichen Europa schwer von der vererbten Krankheit heimgegriffen, die das Utop ganze Generationen verdirbt und unter dem Namen Skropheln in den Palästen der Reichen, wie in den Hütten der Armen, verheerend eintrat. Die Küstenbewohner wußten aber so wenig wie die übrige Welt, daß sie das beste Heilmittel so nahe hatten; aber der Instinkt lehrte es sie. Sie tranken das bittere Wasser, sie badeten darin, wuschen ihre Wunden damit und verbanden sie mit Seetang. Und siehe da, die Heilung trat ein, sie wurden gekräftigt an Körper und Geist. Allmählich wurde es auch bei den Verrückten. Zuerst war es am englischen Hofe Dr. Russell, der die kostbare Entdeckung machte und der das Mittel im weitesten Kreise zur Anwendung brachte und es der Wissenschaft zuführte. Die Küsten von England bedeckten sich bald mit Landhäusern und Hütten, viele Dörfer wurden vollstreckt und wohlhabende Städte. Am Ende des 18. Jahrhunderts folgte Deutschland in der Anwendung der Seebäder, dann Belgien und Frankreich, und zu Anfang des 19. Jahrhunderts wußte man, daß man das Meer als eine Quelle der Gesundheit zu betrachten habe. Im Jahre 1812 schrieb ein Arzt in Dieppe, Dr. LeFrancis, eine Abhandlung über den inneren und äußeren Gebrauch des Seewassers, und Dieppe bildete sich bald zu einem verhältnismäßig heilbringenden Badeort aus. Langsam ging man auf der einmal betretenen Bahn weiter, und es entstanden überall Seebadorte.

## Sport.

**Vereinigtes Trommler- und Pfeiferkorps.** 6 Reg. N. S. B. Treffpunkt zu der Nachturnfahrt nach Wölln am Sonnabend, dem 19. August 1922, abends 8 Uhr im Arbeiter Sportheim, Gundenstraße 41. Von Lübeck bis Sarau per Bahn, von da aus zu Fuß nach Wölln, übernachteten mit dem Altonaer Korps im Massenquartier, morgens 6 Uhr Weckruf, mittags Festzug. Da unser Korps augenblicklich 85 Mitglieder zählt, heißt es diesmal alle auf dem Plan zu erscheinen. Weißer Anzug. (5767)

## Neue Bücher.

„Die Verbandsgeheimführung.“ Ein Handbuch für Vorstände und Geschäftsführer von Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsvereinen und ähnlichen Verbänden von Dr. Paul Posenener Wolffscheil. Preis geschmackvoll gebunden 150 Mk. zuzüglich 10 % Steuerzuschlag, erschien jedoch im Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G., Berlin W. 35. Der Verfasser, seit Jahrzehnten als juristischer Schriftsteller bekannt, hat hier ein sehr wichtiges Gebiet auf Grund umfassender Erfahrungen systematisch bearbeitet. Dr. Posenener gehört zu den wenigen Juristen, die die Mängel der heutigen Rechtsprechung, Klassenjustiz, Rückständigkeit der juristischen Organisationen usw. einsehen. Er bringt auch für den Gewerkschaftler und den Parteigenossen in seinem neuen Buche dankenswerte Mitteilungen gerade auf diesem Gebiete. So schildert er z. B. wie wenig sachhaltig die Eingabe der deutschen Juristen (Juristenbund, Anwaltverein, Notarverein usw.) gegen die Zulassung von Laien in den Juristenberuf ist und weist darauf hin, daß gerade in früheren Zeiten die politischen Gesichtspunkte bei der Besetzung von Juristenstellen eine große Rolle spielten. So galt es als Regel, freimütige Sozialdemokraten, Juden, Konfessionslose von allen Ämtern und Juristenposten auszuschließen. In einer anderen Stelle des Buches zitiert der Verfasser eine Schrift von Dora Helfert, in welcher diese von der Entlassung eines Gerichtsschreibers durch einen Landgerichtspräsidenten spricht und der Landgerichtspräsident die bezeichneten Worte sprach: „Ich verlange, daß, wer dem Staate dient und sich von ihm bezahlet läßt, ihn so wie er ist, anerkennt, so wie er ist!“ Aber auch auf dem Gebiete der Verbandsgeheimführung bringt der Verfasser eine große Fülle von Beispielen und Formulare, die für den Gewerkschaftler, insbesondere die Verbandsmitglieder, Geschäftsführer usw. von großem Interesse sind. Wir können das Buch deshalb allen unseren Parteigenossen aufs wärmste empfehlen. F. R.

**Hotels, Restaurants, Cafes, Veranlagungen**

**Hotel Viktoria** Fernruf 452.  
Gegenüber dem Bahnhof.

**Hotel International** Neues Haus  
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

**Hotel Stadt Hamburg**  
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

**Gewerkschaftshaus** Johannisstraße.  
Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

**C. Hanschens Restaurant** F. 8636. Weiter Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagstisch 12-2. Abendstisch 6-9. Fremdenzimmer.

**Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser** Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41. Fernsprecher 581. Gute Küche. Sträßbahnlinie 8.

**Theater-Restaurant u. Café**  
Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

**Bodega Weinstuben** F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütl. Aufenthalt.

**Rathaushalle** Tägl. von 5-1 Uhr  
Künstlerkonzert. Billards. W. Bruhn.

**Stadthallen - Weißer Saal**  
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen. Anfang 5 Uhr.

**Stadt-Café** Holstenstraße 17.  
Täglich Künstler-Konzert. Paul Ferck.

**Café Viktoria** Täglich Konzert.  
Mühlenbrücke 1.

**„Opera“** 8 Uhr abends.

**Café Roland** Tägl. Künstler-Konzert

**Café Bernhardt** Packerburger Allee 9.  
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

**Hansa-Café** Inh. G. Spieker Wwe.  
Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

**Neues Lichtspiel-Theater**  
Fernruf 8698. Breite Straße 13.  
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.  
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die ansehnlichsten Programme.  
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

**Tusculum** Fischstraße 4. Bar m. Wein-  
stuben. Dezent Musik.

**Gerhard Tschorn** Speisekasino.  
Johannisstr. 3

**Julius Stammer** Konditorei - Kaffee.  
Lindenstraße 1b.

**Hodermanns Konditorei**  
Täglich Konzert.

**Uhren, Goldwaren und Musik**

**C. Dorté** Goldschmiedemeister.  
Fabrikation u. Verkauf ingen-  
loser Trauringe. Fleischhauerstr. 26, Breite Str. 25.

**Ludwig Zander** Juwelier u. Gold-  
schmied.  
Fernruf 8700. Mariesgrube 3.

**Lorenz Behnfeldt**  
Paffenstraße 3. Uhren, Goldwaren,  
Reparaturwerkstatt.

**Rudolph Wiese** Goldschmied.  
Breite Straße 45.  
Gold-, Silberwaren, Versieb., Alpacca-, Nickelwaren.

**Hallers Musikhaus** Lübeck.  
Markt 3.

**Meyer & Egerl** Fernruf 2424.  
Königstraße 116.  
Musikinstrumente.

**Musikhaus Fr. Dietrich & Co.**  
Musikinstrumente, Bestandteile, Noten jeglicher  
Art. Saiten, Beckergänge 27.

**Musik** Instrumente, Laute, Gitarren,  
Mandolinen usw.  
Ernst Robert, Breite Straße 29. Fernr. 8750.

**A** **Geschäftliche Rundschau** **und** **Zeitungs-Dauer-Fahrplan** **Musteschutz**

**Ehlers & Reetwisch** St. Petri 2/4, Holstenstraße 1. Das Haus der guten  
Qualitäten. Manufaktur, Konfektion, Schuhwaren.

**Schuhhaus Zentrum** Inh.: W. Ludwig, Markttwiete 2.

**Musikhaus Jack** Musikalien aller Art. Markttwiete 2.

**Grabsteine J. G. Rechtgläub Ndlg.** Israelsdorfer Allee 17. u. 34.  
Größte Auswahl am Platze. Billige Preise. Fernsprecher 8197.

**Restaurant Spaßvogel** Inh. Paul Sievert. Fernruf 2202.  
Gemütlicher Aufenthalt. Täglich Künstler-  
Konzert.

**Schweizerhaus** Israelsdorfer Allee. Fernruf 2894.  
Restaurant, Café, Konditorei.

**Trocadero** Fernruf 787. Schüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte.  
Sonntags 5 Uhr.

**Fledermaus** Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung  
und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

**Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebens-  
mittel?** Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

**Schuhwarenhaus W. Blumenthal** Kohlmarkt 1.  
Sandstraße 2-4.

**Uhren-Voss** Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8998.

**Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.**

Hamburg		Büden		Futin		Travemünde	
Lübeck	Hamburg	Lübeck	Büden	Lübeck	Futin	Lübeck	Travemünde
5:45	7:05	5:30	7:05	7:15	8:15	5:21W	6:01
7:45W	8:50	7:30	8:45	9:47*	10:45	6:15	6:50
7:45	9:20	7:30	8:45	12:18	1:09	6:00	6:37
9:38D	10:38	8:30 D	9:21	14:2 D	2:26	6:45W	7:11
11:08	12:25	8:30 D	9:21	2:00	2:56	6:52W	7:30
1:25	2:55	8:40 D	9:37	7:28	8:37	6:58	7:35
3:44	5:02	10:17	11:54	7:58	8:57	6:58	7:35
4:17	5:35	12:22	1:58	8:28	9:27	6:58	7:35
7:18D	8:30	3:10	4:17	8:58	9:57	6:58W	7:35
7:22	8:30	3:38	5:05	9:00	10:00	6:58W	7:35
8:20D	9:15	3:58	5:05	9:00	10:00	6:58W	7:35
9:20	10:47	5:15	6:41	9:00	10:00	6:58W	7:35
9:58	11:17	6:55D	7:52	9:00	10:00	6:58W	7:35
10:25	11:57	7:38	9:05	9:00	10:00	6:58W	7:35
—	—	9:00	10:28	9:00	10:00	6:58W	7:35
—	—	9:00	10:28	9:00	10:00	6:58W	7:35
(Omne Gewähr)	11:45	1:08	—	9:00	10:00	6:58W	7:35

**Kleinen**

Lübeck	Altena	Lübeck
7:15	8:30	5:30
9:38D	10:28	8:20D
9:58	11:17	9:02
10:25	11:57	10:07
—	—	12:22
—	—	1:58
—	—	3:38
—	—	5:05
—	—	6:41
—	—	8:12
—	—	9:37

**Segeberg**

Lübeck	Segeberg	Lübeck
7:00W	9:47	5:45W
7:00W	9:47	5:45W
7:00W	9:47	5:45W
7:00W	9:47	5:45W
7:00W	9:47	5:45W
7:00W	9:47	5:45W
7:00W	9:47	5:45W
7:00W	9:47	5:45W
7:00W	9:47	5:45W
7:00W	9:47	5:45W

**Markmann & Meyer** Das bekannteste Haus für vorteilhafte Einkäufe.  
Markthalleingang Breite Straße.

**H. E. Koch Möbelhäuser** Ausstellungsräume. — Fernruf 1050.  
Mariesgrube 45, 40.  
Inh.: Carl Peters & Rudolf Nees.

**Georg Petersen** Hüxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

**Walter Büttner** Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und  
Metalle en gros.

**Auto-Eschen** Fernruf 1864

**Camphausen & Co.** Kraftröhre.

**E. Braun-schwieg Ndl.** Fernruf 8210, 8717.  
Johannisstraße 16, I.

**F. W. Tietz** Fuhrwerksbetrieb  
bei billigster Berechnung.

**Adolf Bergfeld, Lübeck** Inh. Hermann Knöhl.  
**Oden, Herde, Gradcherde, Gaskodier** Größte Auswahl bei  
günstigsten Preisen.

**Spinnelli**  
Milch-Schokolade  
Schweizer Art.

**Restaurant Zum Stadtpark**  
Sonntags Familienkränzchen.

**Lebensmittel und Drogen**  
**L. Roepfer** Fernruf 8915. Königstr. 75.  
Kaffeegroßrösterei und  
Kolonialwaren.

Reserviert für  
**J. G. Niederegger** Marzipan.

**Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck**  
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

**Hansa-Meierei** Packerburger Allee  
59a und b.  
Fernruf 281/557.

**Postöder Butterhandlung**  
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

**Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stakelbeck**  
Fernruf 473. Königstraße 98. Spezial-Butter-  
und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel.

**Aland Bod- u. Bierwurst.**  
**Erich Helm** Wurstfabrik.  
Fleischhauerstraße 54.

**Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen**  
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

**Fischversandhaus „Möwe“** Alfr. Beßmann  
& Co., Lübeck. Fernruf 1352. Kl. Burgstraße 6.  
Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

**Heinrich Prümm** Fernruf 651.  
Wahmstr. 21.  
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

**Ludw. Buch** Fernruf 8754.  
Breite Straße 36.  
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

**C. Klein** Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.  
Delikatessen — Fettwaren.

**Johannes Hanssen** Balauerfohr 17  
Kolonialwaren — Fettwaren.

Reserviert für  
**Janssen Delikatessen** Beckergrube 7.

**Spehmann & Fischer** Kartoffeln,  
Frucht,  
Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59.

**Fr. R. Muuß** Günstiger Einkauf von  
Lebensmitteln. Alfstraße 25.

**C. F. Alm** Holstenstraße 12. Fernruf 800.  
Farben, Drogen, Chemikalien.

**Diana-Drogerie** Paul Stammer. F. 8644.  
Glandorstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toilettart.

**Ferd. Kayser** Drogerie.  
Breite Straße 81.

**Lübecker Central-  
Brotfabrik**  
R. Spangenberg, Linden-  
straße 20/22.

**Fr. Weingärtner &  
Nadtl.** Johannsstr. 8  
Konfitüren, Delikatessen

**Ed. Teuteberg**  
Lederhandlung.  
Untertrave 67.

**Auguste Dopp** Schuhwarenhaus.  
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

**Friedrich Baurenfeind**  
Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 34.

**Wilh. Ewert**, Schuhwaren, Untertrave 8.  
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

**Chr. Rebien** Schwönekenquerstraße 25.  
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

**Karl Brandt**, Schuhwaren.  
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerfohr 4.

**B. Dittmer**, Fünfhausen 7. Schuhreparatur-  
werkstätte. Maßanfertigung.

**Carl Hans Kühl** Fernruf 2988.  
Mühlenstraße 42.  
Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

**Alexander Krock**, Königstr. 47,  
b.d. Johannsstr.  
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

**F. Fränkel**  
Breite Straße 85 und  
Holstenstraße 4.  
Billigste Bezugs-  
quelle in echten  
Lederwaren, Koffern  
und Reiseartikeln.